

Gemeinsam für Kiel Kooperationsvereinbarung der Kieler Kreisverbände von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

5

Inhaltsverzeichnis

	Präambel.....	2
10	Bauen, Stadtentwicklung und Wohnen.....	3
	Mobilität und Umwelt.....	6
	Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration	12
15	Jugendhilfe, Schule und Sport	16
	Wirtschaft, Digitalisierung und Gründertum	21
20	Finanzen, Personal, Verwaltungsmodernisierung, Ordnung, Inneres und Bürger*innenbeteiligung	27
	Kultur und Kreative Stadt.....	31
25	Regeln der Zusammenarbeit und organisatorische Festlegungen	35
	Schlussbemerkung.....	35

Präambel

30 Wir, die Kieler Kreisverbände von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sehen in Kiel eine dynamische Stadt, eine Stadt in Bewegung. Wir wollen diese Dynamik verstärken und gestalten, zum Besten aller Kielerinnen und Kieler, jetzt und in Zukunft.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir in einer Ratshauskooperation gemeinsam Verantwortung für Kiel übernehmen und Politik machen sozial, nachhaltig, innovativ und weltoffen.

35 Die überkommenen politischen Rituale zwischen den Mehrheits- und Minderheitsfraktionen wollen wir aufbrechen und eine neue Gesprächskultur schaffen und die ganze Stadtgesellschaft darin einbeziehen. Ein erster Schritt wird eine gemeinsam erarbeitete Zukunftsstrategie „Kiel 2042“ (800. Gründungsjahr Kiel) sein.

Uns ist besonders wichtig:

- 40 • Ausreichenden, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle Kielerinnen und Kieler zu schaffen
- Armut, soziale Spaltung und das Auseinanderdriften von Stadtteilen zu bekämpfen
- Moderne, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität zu unterstützen
- Den Klima- und Meeresschutz noch stärker zum Markenzeichen Kiels zu machen
- 45 • Die wirtschaftliche Dynamik Kiels zu stärken durch Förderung von Industrie, Gründertum und Kultur- und Kreativwirtschaft
- Hochschulen, Unternehmen und Stadt näher zusammenzubringen
- Schulen und Kitas bedarfsgerecht auszubauen, bestehende Einrichtungen zu sanieren und allen Kieler Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen
- Vorreiterstadt in Verwaltung und Wirtschaft bei der Digitalisierung zu werden
- 50 • Die Kulturlandschaft auszubauen und in Kulturstätten zu investieren
- Kiel wieder mehr ans Wasser zu bringen
- Die Innenstadt zum attraktiven Stadtzentrum zu entwickeln
- Die Finanzlage der Stadt weiter zu verbessern, um Spielraum für zusätzliche Investitionen zu haben.

55

Bauen, Stadtentwicklung und Wohnen

Bezahlbares Wohnen

Der erhebliche Nachfragedruck am Wohnungsmarkt macht das Handeln der Stadt erforderlich. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten, ist für uns deshalb einer der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

- 60 Auf Basis und mit den Partner*innen des Masterplans Wohnen wollen wir den bezahlbaren Wohnungsbau beschleunigen und für mehr öffentlich geförderten Wohnraum sorgen. Wir streben in jedem Stadtteil einen angemessenen Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum an. Entsprechende kommunale Maßnahmen, wie Förderung und Unterstützung, werden wir in den nächsten fünf Jahren einplanen. Um nicht Umzüge für Leistungsempfänger durch Kostensteigerungen in Folge von Mieterhöhungen aufgrund von energetischen
- 65 Sanierungen zu erzwingen, wird bei Bedarf eine kommunale Unterstützung (z.B. in Form einer Stiftung, Energie-Contracting) geprüft. Die Berechnung der Mietobergrenzen wollen wir transparenter gestalten.

Kommunaler Wohnungsbau

Mit großem Nachdruck werden wir die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft voranbringen. Hierfür muss eine langfristige wirtschaftliche Perspektive und Struktur geschaffen werden. Als öffentliche

70 Hand wollen wir eine aktive Flächenbevorratungspolitik der Stadt betreiben (z.B. Wiener Modell), die an ein Dezernat angesiedelt ist.

- Zur Aufstellung der zu gründenden Gesellschaft ist bis zum Herbst 2018 ein Entscheidungsvorschlag für die Selbstverwaltung mit Ausführungen über die Rechtsform und die Wirtschaftlichkeit vorzulegen. Hierbei sind sowohl eine Bau- und Projektierungsgesellschaft und eine davon getrennte Verwaltungseinheit als auch die
- 75 Zusammenfassung beider unter einem organisatorischen Dach zu prüfen. Darüber hinaus ist die Organisationsform einer Genossenschaft mit der finanziellen Beteiligungsmöglichkeit aller Kieler Bürger*innen zu prüfen.

Die Gründung wird durch externen Sachverstand begleitet.

Wohnprojekte

- 80 Genossenschaftliches Bauen, Baugemeinschaften und innovative Wohnprojekte sowie ökologisches Bauen wollen wir besonders fördern. Neben Wohnungsneubau für unterschiedliche Wohnbedürfnisse streben wir an, Grundstücke zu entwickeln und Marktakteuren (z.B. Baugenossenschaften und Wohnprojekten) anzubieten. Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt, wie z.B. die Ausbeutung von Mieter*innen in schlecht verwalteten Wohnhäusern, wollen wir durch das Ausüben von Vor- und Wiederkaufsrechten und die Sanierung von
- 85 Gebäuden begegnen.

Wohnen in der Innenstadt

Der Strukturwandel des Einzelhandels und des Büroflächenbedarfes erfordert neue Nutzungskonzepte der gewerblichen Leerstandsflächen. Die Umnutzungsmöglichkeiten zu neuem Wohnraum sollen vorangetrieben werden.

90 Suchsdorf-West

Die Flächen in „Suchsdorf-West“ mit rund 280 Hektar sind schon seit langem für die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (LSG) vorgesehen. Hier wird auf einer ausgewählten Fläche von höchstens 10 Prozent die Eignung für den Bau von bezahlbarem Wohnraum geprüft. Wohnen und Ökologie sollen dabei im Einklang stehen. Hierbei sollen Naturschutz und das Umspannwerk Berücksichtigung finden. Insbesondere die Frage der Verkehrsanbindung muss geklärt werden. Bei möglicher Eignung entscheiden wir über die nächsten Schritte zur weiteren Entwicklung und Planung des Wohnbaugebietes und stellen dabei ein frühzeitiges Beteiligungsverfahren sicher. Sämtliche Flächen, die nicht für die Wohnbebauung in Frage kommen, werden, soweit sie fachlich geeignet sind, zeitnah als LSG ausgewiesen.

Kiel ans Wasser

100 Wir wollen Kiel stärker an und auf das Wasser bringen. Mehr Zugänge zum Wasser und mehr Aufenthaltsqualität am und auf dem Wasser gehören dazu wie die Stärkung der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft und des Meeresschutzes. Die Entwicklung des MFG-5-Geländes, der Hörn, der Kiellinie, des Abschnitts zwischen Hauptbahnhof und Ostseekai, des GKK-Grundstücks, der Schwentinemündung und der Festung Friedrichsort sind dafür zentrale Stadtentwicklungsprojekte. In der Altstadt setzen wir uns für eine Machbarkeitsstudie ein, die ab 2019 untersuchen soll, wie nach der Fertigstellung des Holsten-Fleets dieser Bereich an die Innenförde angebunden und erheblich aufgewertet werden kann. Auch auf dem Ostufer soll ein zusätzlicher Zugang zur Förde ermöglicht werden. Die Umsetzung eines Stadtstrands in den Bereichen der inneren Förde und Hörnspitze sowie der Schwentine unter Einhaltung ökologischer Standards wollen wir prüfen und realisieren. Mit einer Ansiedlung von gastronomischen Einrichtungen und Sportinfrastruktur wie z.B. Beachvolleyballfeldern wollen wir die Aufenthaltsqualität rund um den Hauptbahnhof und die Hörnspitze deutlich aufwerten und das städtische Hallenbad sowie vorhandene Aktivitäten wie z.B. das Drachenbootrennen sinnvoll ergänzen.

Olympiazentrum

115 Der Segelstützpunkt am Olympiazentrum hat das Potenzial das Image Kiel.Sailing.City weiterzuentwickeln und sich im Wettbewerb europäischer Segelstützpunkte selbstbewusster zu positionieren. Für das Olympiazentrum bestehen genauso wie für den Stadtteil Schilksee deswegen kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungserfordernisse, die in einem städtebaulich-freiräumlichen Rahmenplan stufenweise bearbeitet werden sollen.

Uferstraße in der Wik

120 Die Uferstraße soll, wenn möglich, durch Rückkauf des alten Straßenabschnittes wieder geöffnet werden. Dadurch kann das Gewerbegebiet Tannenberg auf vorhandenen Trassen kostengünstig erschlossen werden. Das Wohn- und Naherholungsgebiet in Projensdorf wird entlastet. Die Eichenallee bleibt als Naturdenkmal erhalten.

125 MFG-5-Gelände

Wir wollen, dass die Stadt das MFG-5-Gelände zügig als Eigentum erwirbt. Das Gelände soll in einem

schlüssigen Gesamtkonzept zu einer Fläche mit Vorbildcharakter im Sinne der nachhaltigen Stadtentwicklung mit Wohn- und Gewerbenutzung am Wasser entwickelt werden.

Wir werden dort großräumige Wohnungsbaupotenziale nutzen und dabei Wohnquartiere für alle schaffen:

130 Für Menschen mit und ohne Behinderung, Junge und Alte, Familien in jeder Ausprägung und Einzelpersonen.

Planung und Erschließung des Geländes einschließlich der Nutzbarkeit der Kaikante müssen bei Bedarf ohne Verzögerungen umgesetzt werden, um auch zusätzliche Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe zu schaffen. Wir wollen dort auch maritimem Gewerbe, wie z.B. Bootsbau, Segelmacherei oder Yachthandel,
135 die Möglichkeit geben, sich niederzulassen.

Das Gelände des ehemaligen Britischen Yachtclubs soll von der BlmA zur öffentlichen Nutzung erworben werden.

Alter Markt

Wir wollen den städtebaulichen und geschichtlich-kulturellen Wert der Pavillons mit dem Wandel der Sichtweisen sowie unseren Alten Markt als einen der zentralen Plätze unserer Stadt anerkennen und ganzheitlich
140 herausarbeiten. Hierzu zählen Planungen, diesen Platz stärker als öffentlichen Raum zu beanspruchen, mehr Aufenthaltsqualitäten zu schaffen bis hin zum möglichen städtischen Rückkauf nach Ablauf der Erbpacht. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb sowie weitere Veranstaltungen unter Beteiligung von Bürger*innen sowie der Wirtschaft sollen zur wirtschaftlichen Belebung im Rahmen einer Gesamtkonzeption
145 beitragen. Die Neugestaltung des Alten Marktes wird zeitlich und räumlich mit dem Wettbewerbsverfahren der Holstenstraße abgestimmt.

Parken

Die Forderung einer effektiven Nutzung der Stell- und Parkplätze in öffentlichen und privaten Bereichen soll umgesetzt werden. Für das Anwohner*innenparken soll eine gesonderte Regelung gefunden werden.

150 Mit den Betreiber*innen von Supermärkten und Parkhäusern oder Tiefgaragen wollen wir bei der Evaluierung des Einzelhandelskonzeptes Konditionen zur Nutzung der Stellplätze außerhalb der Öffnungszeiten verhandeln.

Die Schaffung von neuen Stellplätzen soll vorrangig unterirdisch erfolgen. Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist zu berücksichtigen.

155 Innenverdichtung

Für die Innenverdichtung gibt es zwei grundsätzliche Bedingungen: Grüne Innenhöfe sind ausgenommen, und bei großen Flächen darf diese nur behutsam erfolgen. Die Bebauung von Garagenhöfen sehen wir als vorrangige Chance für die Verdichtung von Innenhöfen. Bei der Innenverdichtung soll grundsätzlich die Traufhöhe der Neubauten inklusive Staffelgeschoss mindestens ein Geschoss unterhalb der Traufe der

160 Nachbarbebauung liegen.

Mobilität und Umwelt

Nachhaltigkeit

Wir wollen die Einführung eines stadtweiten Pfandbechersystems unterstützen. In einem weiteren Schritt soll das System auch auf Einweggeschirr ausgedehnt werden. Das Umland und die KielRegion sollen nach Möglichkeit einbezogen werden. Perspektivisch ist es unser Ziel, alle Großveranstaltungen auf Zero-Waste umzustellen. Außerdem streben wir eine klimaneutrale Kieler Woche an. Dies wollen wir unter anderem durch die Versorgung mit 100 Prozent Ökostrom und CO₂-Ausgleichsmaßnahmen erreichen.

Das Aufkommen von Plastikmüll in Kiel wollen wir durch eine Kampagne reduzieren.

Wir wollen die Wochenmärkte in der Innenstadt und in den Stadtteilen stärken und erhalten, auf denen vermehrt lokale Produkte verkauft werden. Die Attraktivität durch Öffnungszeiten, die auch Berufstätigen den Einkauf ermöglichen, soll erhöht werden. Dazu werden wir auch die Schaffung einer Markthalle unterstützen.

Um Anreize für die Bürger*innen zu schaffen, werden wir ein System wie etwa einer Öko-Card oder eines Klimasparbuchs zur Förderung von nachhaltigem Konsum nach dem Vorbild anderer Städte unterstützen.

Wir werden ein modernes, ökologisches Beleuchtungskonzept erstellen, das den Ansprüchen der Klimaschutzstadt Kiel, artenschutzfachlichen Belangen und Bedürfnissen der Sicherheit zugleich gerecht wird.

Grünflächen und Stadtgrün

Die Kieler Grünflächen und das weitere Stadtgrün sollen ökologisch aufgewertet werden. In einem weiter entwickelten Grünflächenkonzept sollen dazu vor allem die Punkte der extensivierten Bewirtschaftung, die Aussaat heimischer Pflanzen, die Schaffung von insektenfreundlichen Blühwiesen und die Vernetzung der Biotopverbundsysteme im Fokus stehen.

In den Schulen werden wir mehr eigene Gärten und Hochbeete zum Anbau von Obst und Gemüse schaffen, um spielerisch den Erwerb von Nahrungsmittelkenntnissen zu gewährleisten.

Der Wald soll vorrangig Funktionen der Ökologie, der Erholung und der Umweltbildung erfüllen. Dazu werden wir das bestehende Waldkonzept weiterentwickeln. Die Folgen für den Haushalt sind dabei zu beachten.

Den Beirat für Naturschutz werden wir durch eine neue Satzung transparenter und offener für neue Impulse gestalten. Vor allem die Öffentlichkeitswirksamkeit des Beirates soll so erhöht werden.

Kieler Kleingärten übernehmen neben ihrer ökologischen und klimaschützenden Funktion auch wichtige soziale Aufgaben und dienen der Naherholung. Wir werden gemeinsam mit den Kieler Kleingärtner*innen das Angebot der Kleingartenanlagen in unserer Stadt zukunftsfähig machen und weiterentwickeln. Dazu werden wir die Umsetzung des Kleingartenentwicklungskonzeptes vorantreiben.

Auch andere Formen des nachbarschaftlichen Gärtnerns und des Urban Gardenings werden wir ebenso gezielt unterstützen wie Nachbarschaftsinitiativen zur ökologischen Aufwertung des öffentlichen Raums.

Das Verbot von Pestiziden auf städtischen Flächen soll auf Flächen der Landeshauptstadt Kiel ausgedehnt werden, die verpachtet sind und werden. Um ein Ende des Einsatzes von Pestiziden auch auf nicht städtischen Flächen zu erreichen, werden wir einen Runden Tisch mit Akteuren des Gartenbaus, der Landwirtschaft, Unternehmen und weiteren Vertreter*innen der Gesellschaft anregen.

Wir werden ein Konzept zur Ver- und Entsiegelung in der Landeshauptstadt Kiel entwickeln. Dabei sollen

200 auch Aspekte der Nachverdichtung berücksichtigt werden. Gerade mit Blick auf die Anpassung an den Klimawandel müssen hier auch neue Konzepte für Versickerungsflächen oder Abflusstrassen mitgedacht werden.

Wir fordern eine erneute Überprüfung der geplanten Landschaftsschutzgebiete und die erneute Aufnahme des Ausweisungsprozesses, begleitet von einem Bürger*innenbeteiligungsverfahren.

Energieversorgung und Energiewende

205 Der weitere Ausbau der Fernwärmeversorgung ist neben der Energieeinsparung im Gebäudebestand ein wichtiges Feld der Klimaschutzaktivitäten. Um die Akzeptanz bei den Bürger*innen zu erhöhen, sollen neue Energieprojekte einen Anteil für Bürger*innenbeteiligung erhalten.

Die Errichtung von Kleinwindkraftanlagen, Photovoltaik oder Solarthermie auf öffentlichen und privaten Grundstücken soll möglichst unbürokratisch ermöglicht und unterstützt werden. Kommunale Vorgaben werden wir entsprechend anpassen.

210 Die Auswirkungen der Wasserkraftanlage in der Schwentinemündung sind zu überprüfen. Dabei sollen die ökologischen Folgen ebenso wie die Effekte für den Klimaschutz und die Sinnhaftigkeit des Investments überprüft werden. Eine bauliche Korrektur der negativen Aspekte ist anzustreben.

Seehafen

215 Wir unterstützen die Bestrebung des Seehafen Kiel, an allen Terminals in Landstromanschlüsse oder emissionsarme Bordstromsysteme wie LNG (Flüssigerdgas – liquefied natural gas) für Kreuzfahrtschiffe und Ostseefähren zu investieren. Wir streben an, dass alle Fähren der Schlepp- und Fährgesellschaft Kiel (SFK) auf Elektroantrieb oder andere emissionsarme Antriebe umgestellt werden.

Die Züge des Rangierverkehrs des Seehafens im Stadtbereich sollen auf emissionsarme Antriebsformen umgestellt werden.

220 Zentrum zur Visualisierung der Meere

Wir wollen ein Zentrum für die Visualisierung (digital und analog) der Meere an der Förde mit internationaler Ausstrahlung schaffen, das als Touristenattraktion und Infozentrum für Schulen etc. die große Kompetenz Kiels im Bereich der Meere sichtbar macht. Hierfür kommt u.a. das Geomar-Gebäude an der Kiellinie in Frage.

225 Mobilität

Für die Verkehrswende in Kiel bilden der Masterplan Mobilität, der Masterplan 100% Klimaschutz und der fortzuschreibende Verkehrsentwicklungsplan verbindliche Grundlagen. Bezahlbare, moderne und umweltfreundliche Mobilität ist für Lebensqualität, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz unverzichtbar.

Stadtbahn

230 Wir werden möglichst zeitnah die Entwicklung eines Konzeptes für eine Stadtbahn Kiel (Basis und mögliche Ausbaustufen, Linienführung, Querschnittsgestaltung, Förderung, Finanzierbarkeit etc.) auf den Weg bringen. Der Prozess soll bereits 2018 angeschoben und durch Haushaltsmittel im Jahr 2019 sichergestellt werden.

Die Stadtbahn soll zu einer attraktiveren Gestaltung des öffentlichen Raumes führen und sich ins Stadtbild integrieren. Deshalb müssen alle Planungen zur Stadtbahn gemeinsam mit den Plänen zur Stadtentwicklung
235 gedacht werden.

Um bei der Realisierung der Stadtbahn eine hohe Akzeptanz bei Kieler*innen und der umliegenden Gewerbetreibenden zu erreichen, muss schon frühzeitig eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgen. Dazu sind Online-Beteiligung, Workshops, ein Infopavillon, Broschüren und weitere Kommunikations- und Beteiligungsmittel zu entwickeln.

240 Anschließend wollen wir eine Entwurfsplanung als Grundlage für die Prüfung der technischen und finanziellen Machbarkeit beauftragen.

ÖPNV-Tarife

Wir werden in den folgenden Jahren die Monatstickets schrittweise verbilligen. Unser Ziel ist es, das 1-Euro-Ticket binnen fünf Jahren zu erreichen. Gleichzeitig werden bedarfsgerecht die Kapazitäten ausgebaut.

245 Parallel dazu werden wir schrittweise ein Sozialticket einführen. Vorbild dafür kann das ermäßigte Seniorenticket sein, bei dem der Kreis der Berechtigten nach und nach ausgeweitet werden könnte. Ziel ist es weiterhin, dies landesweit einzuführen, damit Kiel keine Ausgleichszahlungen an den Verkehrsverbund entrichten muss.

250 Das Jobticket der Stadt Kiel wird fortgeführt und intensiver beworben sowie auf die Tochterunternehmen aus-geweitet. Dabei werden wir dafür sorgen, dass auch kleinere Tochterunternehmen teilnehmen können.

Bus- und Bahnverkehr

Wir wollen auf den vorhandenen und reaktivierbaren Bahnlinien den Vorortverkehr ausweiten und dafür gemeinsame Lösungen mit dem Land finden, dazu sollen auch weitere Bahnhaltepunkte geschaffen werden.

255 Der Basistakt auf allen Linien soll grundsätzlich bei 30 Minuten liegen; in der Hauptverkehrszeit ist er überwiegend auf einen 15-Minuten-Takt zu erhöhen.

Fahrplanlücken im bestehenden Fahrplan wollen wir kurzfristig schließen. Auch am Wochenende und abends sollen alle Stadtteile mindestens im Halbstundentakt erreichbar sein. Auch die Erreichbarkeit aller Stadtteile in Nachtzeiten ist sicherzustellen.

260 Wir werden für eine spürbare Beschleunigung des Busverkehrs durch deutlich intensivere Nutzung der Ampelvorrangschaltung und bauliche Maßnahmen wie optimierte Haltestellen (Bus-Kaps) und zusätzliche Busspuren und durch eine Optimierung des Fahrkartenverkaufs sorgen.

Durch Maßnahmen wie zusätzliche Schnellbusse werden wir das Angebot verbessern und damit neue Fahrgäste gewinnen.

265 Die Strategie der KVG (Kieler Verkehrsgesellschaft) muss auf die Verlagerung von Fahrten vom PKW auf den Bus ausgerichtet sein.

Wir werden dafür sorgen, dass alle öffentlichen Einrichtungen der Landeshauptstadt Kiel gut durch den ÖPNV zu erreichen sind.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt wieder eine direkte ICE-Verbindung in die Bundeshauptstadt erhält. Wir werden beim Land dafür werben, dass der Flughafen Hamburg aus dem Norden

270 kommend mit dem Zug erreichbar ist, ohne Umweg über den Hamburger Hauptbahnhof.

Kiel als Fahrradstadt stärken

Ein gestärkter Fahrradverkehr ist wichtig für urbane Mobilität der Zukunft. Kiels Status als Fahrradstadt werden wir massiv ausbauen, um dadurch den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu senken. Wir werden die Sicherheit für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen erhöhen, die umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Fortbewegung unterstützen sowie selbstbestimmte Mobilität unabhängig von sozialer Position stärken.

275 Wir werden unter Einbindung aller Akteure gemeinsam mit dem Fahrradforum umgehend einen Masterplan Fahrradverkehr für Kiel erarbeiten, in dem wir Standards und Ziele für den optimalen Radverkehr in der ganzen Stadt setzen.

280 Unter anderem soll geprüft werden, ob auf mehrspurigen Straßen ohne nach neuesten Standards ausgebauten Radwege ein Fahrstreifen für die ausschließliche Nutzung durch Radfahrer*innen und ggf. Busse des ÖPNV eingerichtet werden kann. Radschnellwege/Velorouten werden konsequent ausgebaut. Fahrradstraßen werden grundsätzlich als Vorfahrtstraßen für den Radverkehr angelegt. An geeigneter Stelle sollen gemeinsam genutzte Shared Spaces (z.B. Holstenplatz/Andreas-Gayk-Str., Elisabethstr.) vorangetrieben werden. Insbesondere für Neubaugebiete soll der Vorrang für Rad- und Fußverkehr und ÖPNV angestrebt werden.

285 Bis dahin können viele kleine Maßnahmen schnell spürbare Verbesserungen herbeiführen. Wir werden daher die Mittel für das Programm zur Förderung des Radverkehrs massiv erhöhen. Wir unterstützen private Anbieter von Mietfahrrädern und werden sie einbinden in unsere im Aufbau befindlichen Mobilitätsstationen.

290 Fußgänger*innen

Um die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen zu erhöhen, sollen sie mehr Platz erhalten. Dazu wollen wir attraktive Plätze und durchgehend komfortable Wegeverbindungen schaffen.

Wir wollen einen barrierefreien Weiterbau der Gaardener Brücke zum Germaniahafen umsetzen.

295 Zur Erhöhung der Sicherheit sollen spezielle Schulwegkampagnen sowie daran angepasste Straßenbeleuchtung angeregt und umgesetzt werden.

Wirtschafts- und Berufsverkehr

Um auch die Mobilität im gewerblichen Umfeld zu verbessern, wollen wir gezielt Lieferzonenbereiche schaffen, in denen Logistik-Unternehmen die Waren für umliegende Geschäfte ein- und ausladen können, aber auch das Handwerk seine Transporte abwickeln kann. Wir wollen das betriebliche Mobilitätsmanagement fördern und Dienstfahrradsysteme bei der Landeshauptstadt Kiel und ihren Eigenbetrieben einführen und fördern, auch um damit ein positives Beispiel für andere Unternehmen zu geben.

300 Für eine Modernisierung des Lieferverkehrs sollen Micro-Hubs eingerichtet werden. Alle Logistik-Unternehmen liefern ihre Waren über diese über das Stadtgebiet verteilten firmenunabhängigen Micro-Hubs an, von denen aus die Zustellung an Geschäfte, Gewerbebetriebe und Privatpersonen über E-Lastenräder oder kleine E-Transporter so organisiert wird, dass möglichst nur noch einmal am Tag Warensendungen
305 geliefert werden. Erfahrungen anderer Kommunen sind einzubeziehen.

Ausbau der A 21

Der Ausbau der B 404 zur A 21 sowie der vierspurige Neubau der B 202 sollen in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan 2030 sowie in den daraus hervorgegangenen aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aufgenommen worden. Die weitere Planung und Umsetzung des Vorhabens obliegt dem Bund. Wir werden das weitere Verfahren konstruktiv unterstützen und insbesondere sicherstellen, dass die betroffenen öffentlichen und privaten Belange umfassend in den Planungs- und Abwägungsprozess einfließen und eine frühzeitige und breite Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet.

Fördeschifffahrt

Die Fördeschifffahrt soll in ihrer Taktung deutlich ausgebaut werden. Vor allem schnelle Querungen sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Weitere Förde-Querungsmöglichkeiten werden wir prüfen. Die Fährschiffe werden mittelfristig auf Elektroantrieb oder andere emissionsarme Antriebsformen umgestellt. Eine direkte Fähranbindung der Schwentine-Linie an den Hauptbahnhof soll eingerichtet werden. Ein 30-Minuten-Takt ist auch in den Abendstunden und am Wochenende zu leisten.

E-Mobilität

Kiel soll zu einer Modellregion für E-Mobilität werden: Zusammen mit den städtischen und privaten Unternehmen und den Hochschulen wollen wir Kiel als Modellregion für Elektromobilität etablieren, durch Lade-Infrastrukturen und E-Car-Sharing, die Umstellung der Fahrzeugflotten im ÖPNV, bei der Stadtverwaltung und städtischen Betrieben sowie die Entwicklung und Erprobung innovativer Verkehrskonzepte. Beispielhaft sind dafür digitale Verkehrsleitsysteme und automatisierte Fahrzeuge.

Verkehrslenkung und -führung

Wir werden uns dafür einsetzen, dass regionaler Pendeldurchgangsverkehr überwiegend aus der Innenstadt und den Wohngebieten herausgehalten wird. Ebenso setzen wir uns für eine Verkehrsführung ein, die ebenso LKWs aus Wohngebieten – soweit möglich – fernhält.

Wir wollen intelligente Verkehrs- und Parkleitsysteme ausbauen. Unser Ziel ist es, allen Verkehrsteilnehmer*innen Zugang zu Informationen über Staus, freie Parkplätze, Baustellen, schnellste Wege mit dem ÖPNV, Fähren, die Auslastung der Taxisstände, Standorte des Fahrradverleihs sowie Car-Sharing-Angebote und Ladesäulen auf einer Plattform über das Smartphone zu verschaffen. Zu berücksichtigen sind auch Informationen zu Barrierefreiheit, Kinderwagen-Mitnahme und ähnliche Bedarfe.

Parkhäuser sollen 24/7 geöffnet sein. Die Dichte des ruhenden Verkehrs im öffentlichen Raum wird dadurch reduziert. Um die Nutzung der Parkhäuser zu steigern, wollen wir auch deren Betreiber*innen in die Entwicklung vernetzter Parkleitsysteme einbeziehen. Hierzu soll ein Wettbewerb innerhalb der Startup-Szene für die Entwicklung bürgerfreundlicher Apps ange-regt werden, unter besonderer Berücksichtigung des Open Data-Ansatzes.

In Kiel soll ähnlich wie in Nordfriesland eine Teststrecke für ein nachfrageorientiertes, autonomes Fahren (NAF-Bus) eines Linienbusses eingerichtet werden. Wir werden kostenlose P+R-Parkplätze im Umfeld der LH Kiel schaffen, die sowohl für Berufspendler*innen

als auch für die Besucher*innen von Veranstaltungen in der Sparkassen-Arena, Spielen von Holstein Kiel und THW oder bei anderen Großveranstaltungen zur Verfügung stehen. Das Ticket für die Veranstaltung soll
345 als ÖPNV-Ticket genutzt werden können. An der Finanzierung des ÖPNV-Tickets sollen sich die Veranstalter*innen beteiligen und die Nutzer*innen mit Bus oder Bahn kostenlos in die Stadt bringen.

Verkehrssituation Innenstadt und Straßenquerschnitte

Die Innenstadt muss durch den motorisierten Individualverkehr erreichbar bleiben. Es findet keine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch Rückbau von Straßen statt. Straßen, die in ihrer Größe und
350 Auslastung dauerhaft nicht mehr benötigt werden, werden teilzurückgebaut.

Straßenbaumaßnahmen, die Verkehrswege optimieren und damit Luftbelastungen reduzieren können, werden wir unterstützen.

Maßnahmen zur Schadstoffreduktion

Die Errichtung von begrünten Schutzmauern bis hin zu baulichen Maßnahmen an Gebäuden, um an besonders verkehrsbelasteten Straßen sowohl Lärm als auch Abgase von Anwohnerinnen und Anwohner fernzuhalten, wollen wir vorantreiben. Hierüber und durch die Pflanzung von Bäumen an Verkehrsachsen erhoffen wir uns auch ein besseres Mikroklima in der Innenstadt.
355

Die Kooperationspartner*innen sind sich der Problematik der erhöhten Stickoxide bewusst und stehen zu der Verantwortung, den Anwohner*innen des Theodor-Heuss-Ringes, den Anwohner*innen potentieller Ausweichstrecken und den Fahrer*innen alter Dieselfahrzeuge Lösungen zu bieten, die den Ansprüchen aller Betroffenen gerecht werden. Die Hauptverantwortung für die Gewährleistung schadstoffarmer Fahrzeuge liegt bei den Herstellern und dem Bund (insbesondere Nachrüstung). Darüber hinaus werden wir in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden und unter Zuhilfenahme der Fördermittel des Bundes alle notwendigen technischen, baulichen und verkehrsleitenden Maßnahmen ergreifen, um die Stickoxidwerte am Theodor-Heuss-Ring unter die zulässigen Grenzwerte zu bekommen. Die Attraktivierung von
360 ÖPNV und Fahrradverkehr werden wir speziell mit Blick auf Entlastungen des Theodor-Heuss-Rings schnell vorantreiben.

Die Ausweitung des Einsatzes von titandioxidhaltigem Asphalt an stark belasteten Straßenabschnitten als lokale Maßnahmen gegen Stickstoffoxide ist zu prüfen.

370 **Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration**

Sozialräume stärken

Wir wollen die Ortsteile als Sozialräume stärken, in denen sich die Nachbar*innen gegenseitig helfen und vor Ort Lösungen gefunden werden. Wichtig sind hierbei die Stadtteilkonferenzen, auf der sich die Menschen vor Ort treffen. Wir wollen pro Ortsteil den Bedarf und die Anforderungen an Stadtteilkonferenzen ermitteln, den Kreis der Teilnehmer*innen öffnen und sie eventuell thematisch erweitern.

Das Konzept der Vernetzten Nachbarschaften wollen wir weiterentwickeln und Konzepte der Sharing economy bzw. des Social entrepreneurship integrieren, um in den Anlaufstellen Nachbarschaft (AnNa) auch Teil-, Tausch-, Dienstleistungs- und Weitergabe-Angebote zu unterstützen und zu organisieren. Dazu kann z.B. die gemeinsame Nutzung von Werkzeug gehören oder Nachbarschaftsprojekte für Gemeinschaftseinkäufe und „Leih-Großeltern“.

Wir unterstützen die Kombination von Anlaufstellen Nachbarschaft mit Quartiershäusern, in denen insbesondere Wohnraum für Senior*innen angeboten wird.

Wir wollen die Hochschulen dafür gewinnen, sich in Stadtteilen mit größeren Problemlagen einzubringen, sei es durch studentische Projekte, die möglicherweise mit Credit-Points vergütet werden, oder durch Forschungsprojekte oder Abschlussarbeiten mit und in der Praxis.

Steuerung mit Sozialindikatoren

Die meisten Bezieher*innen von Transferleistungen wohnen in wenigen Ortsteilen. Dies sind auch die Ortsteile, die weit mehr Geflüchtete aufnehmen als der Rest der Stadt. Stadt und Land müssen Sozialindikatoren als Steuerungsinstrument für den Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen verwenden. Damit kann es in unterschiedlichsten Bereichen, von Kita über Schulen, aber auch bei Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche gelingen, gezielte Maßnahmen in diese Stadtteile zu bringen, um mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Soziale Projekte

Wir wollen die von der Landeshauptstadt Kiel geförderten sozialen Projekte besonders unterstützen. Hierbei sollen Projektanträge über ein Marketing-Konzept zur zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit verfügen. So können sie ihr Potential ausschöpfen.

„Haus der Vielfalt“

Wir werden die zügige Sanierung und Herrichtung der städtischen Gebäude in der Waisenhofstraße prüfen und vornehmen. Die Räumlichkeiten könnten beispielsweise von Vereinen, sozialen Projekten, Gemeinden bzw. Auslandsvereinen genutzt werden. Zusätzlich versuchen wir, eine ehemalige Bundeswehr-Liegenschaft zu nutzen, um ein „Haus der Vielfalt“ einzurichten. Wir werden uns für angemessene und würdige Räumlichkeiten für die Jüdischen Gemeinden in Kiel einsetzen.

Geschlechtergerechtigkeit

Wir sind uns einig im Ziel, die Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen des Lebens zu stärken. Hierzu

- 405 werden wir Maßnahmen des Gender Mainstreamings systematisch erfassen, evaluieren und weiterentwickeln.

Ehrenamt

- Das Kieler Ehrenamtsbüro werden wir unterstützen und weiterentwickeln. Die Ehrenamtlichen wollen wir umfangreich unterstützen, durch kostenlose Angebote, z.B. von Hygieneschulungen. Wir unterstützen Angebote von Freiwilligendiensten (FSJ, BFD, FÖJ u.a.) in Kiel und fordern vom Land ein kostengünstigeres ÖPNV-Ticket für diejenigen, die einen Freiwilligendienst leisten.

Wir wollen eine Kulturloge einrichten, bei der nicht verkaufte Karten, u.a. für Theater-Vorstellungen an Anspruchsberechtigte ausgegeben werden.

Inklusion

- 415 Inklusion umfasst alle Lebensbereiche. Barrierefreiheit bedeutet für uns die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens. Dazu gehören eine Auswahl an flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen verschiedenen Assistenzangeboten wählen können.

- Das Kieler Leitbild und die Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung werden wir gemeinsam mit den Betroffenen und dem Beirat für Menschen mit Behinderung daraufhin überprüfen, wie Kiel zu einer inklusiven Stadt ausgebaut werden kann.

- Informationen der Landeshauptstadt Kiel sollen für alle Kielerinnen und Kieler zugänglich sein. Deshalb wollen wir, dass auf der Homepage, in der Öffentlichkeitsarbeit, in Formularen oder Schreiben die Barrierefreiheit konsequent umgesetzt wird. An Kieler Schulen und Hochschulen wollen wir z.B. das Angebot von Gebärdensprach-Unterricht unterstützen, auch wollen wir die bauliche Barrierefreiheit bei der Kieler Woche oder beim Theater erreichen.

Familien stärken

- Die Familien-App der Landeshauptstadt Kiel soll als Informationsmedium weiterentwickelt werden. Der Funktionsumfang soll unter Beachtung des Datenschutzes stärker auf das Alter der Kinder ausgerichtet werden.

- 430 Die App soll auch in weiteren Fremdsprachen sowie in Leichter Sprache angeboten werden.

Wir unterstützen Alleinerziehende, da diese eine besonders starke Verantwortung für die Versorgung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder übernehmen. Wir werden weiterhin das Kieler Forum Alleinerziehender als bewährtes Netzwerk unterstützen.

Mehr Plätze in Frauenhäusern

- 435 Wir schaffen mehr Plätze in Frauenhäusern, um Frauen bei häuslicher Gewalt und in Not helfen zu können. Außerdem wollen wir die Arbeit der Beratungsstellen für Mädchen und Frauen unterstützen. Dazu gehört die Verlängerung der Laufzeit von Zuwendungsverträgen für Frauen-Facheinrichtungen von drei auf fünf Jahre.

Ältere Menschen

Wir wollen einen Schwerpunkt setzen bei der Gesundheitsversorgung und aktivierenden Präventionsarbeit

440 für ältere Menschen mit geringem Einkommen. Wir wollen gemeinsam mit der Banken- und Versicherungs-
branche das Thema Rückwärtshypothek öffentlich diskutieren und ggf. für diese Form der Alterssicherung
werben.

Wir brauchen in Kiel eine große Vielfalt von verschiedenen Wohnformen für Menschen mit Pflege- und Be-
treuungsbedarf. Ziel ist es, dass jeder Mensch möglichst lange eigenständig wohnen und leben kann. Die
445 unabhängige Beratung des Pflegestützpunktes über Angebote und Möglichkeiten wollen wir ausbauen: Die
Öffnungszeiten sollen ausgeweitet werden und Sprechstunden in mehr Stadtteilen angeboten werden. Zur
wohnortnahen Beratung können auch Hausbesuche zählen.

Vielfalt würdigen

Wir wollen schnell das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „Dritten Geschlecht“ umsetzen und die
450 Verwaltungspraxis anpassen – dazu gehören Fortbildungen, angepasste Formulare und Anschreiben sowie
Toiletten für alle Menschen in städtischen Gebäuden.

Wir unterstützen und fördern Projekte wie z.B. die des HAKI e.V. mit ihrem Schul-Projekt SchLAu oder das
Queer Refugees-Projekt. Wir setzen uns für neue Räume für HAKI ein, die als wichtige Akteurin der Kieler
Zivilgesellschaft angemessene und barrierefreie Räume für ihre wichtige Arbeit benötigt.

455 Die Förderung des CSD Kiel e.V. werden wir als institutionelle Förderung zunächst für fünf Jahre verstetigen.

Soziale Hilfen

Wir wollen die Angebote der Schuldnerberatungsstellen erhalten und weiter fördern.

Von Sucht bedrohten und betroffenen Menschen wollen wir ein abhängigkeitsfreies Leben ermöglichen. Orte
wie der Trinkraum sollen erhalten und unter Teilhabe der Szene weiterentwickelt werden.

460 Der zielgerichteten Prävention im Kinder- und Jugendalter kommt eine zentrale Bedeutung zu.

Die Weiterentwicklung der Hilfen für Wohnungs- und Obdachlose ist ein wichtiger Prozess, den wir unterstüt-
zen. Die steigende Zahl an betroffenen Menschen sowie die Vielfalt an Ursachen und Begleiterscheinungen
wie z.B. psychische Erkrankungen erfordern ein ausdifferenziertes Beratungs- und Betreuungsangebot.

Beratungs- und Gesundheitsangebote für Menschen ohne Papiere bzw. ohne Krankenversicherung wollen
465 wir unterstützen. Die ärztliche Betreuung von schwangeren Frauen und Kindern ohne Krankenversicherung
muss erhalten bleiben. Die von der Landesregierung geplante Clearingstelle soll in Kiel angesiedelt werden.

Jegliche Form des Extremismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus gefährdet unsere Demo-
kratie und hat in Kiel keinen Platz. Wir wollen Aussteiger*innen eine Perspektive bieten und unterstützen
Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus.

470 Arbeit

Wir werden die Stadt Kiel und die Geschäftsführungen und Aufsichtsratsgremien der Unternehmen mit städ-
tischer Beteiligung auffordern, einen Kodex für „Gute Arbeit“ gemeinsam mit den Betriebs- oder Personalrä-
ten zu entwickeln.

Wir fordern und fördern Ausbildungen mit einer Mindestausbildungsvergütung und einer verbindlichen
475 Übernahmeregulung unbefristet und in Vollzeit. Hierbei sehen wir die Stadt und ihre Eigenbeteiligungen in

der Vorbildfunktion.

Wir wollen ein Zertifikat für faire Praktikumsbedingungen einführen, das an Kieler Unternehmen verliehen wird, die auch für Praktikant*innen faire Arbeitsbedingungen, wie angemessene Vergütung und Arbeitszeit, schaffen.

- 480 Sollte das Zukunftslabor der Landesregierung in einen Testlauf des Bedingungslosen Grundeinkommens münden, können wir uns eine Beteiligung Kiels an diesem Versuch vorstellen.

Wir wollen in Kiel die neugeschaffenen Möglichkeiten eines sozialen Arbeitsmarktes ambitioniert umsetzen. Dieser soll nach unseren Vorstellungen längerfristig angelegt sein und arbeitslose Menschen nach ihren Fähigkeiten und Erfahrungen wieder in eine Tätigkeit integrieren.

485 Integration

Wir wollen Projekte zur Einbindung von Flüchtlingen in Wirtschaft und Verwaltung fördern. Sie sollen zur Vorbereitung für einen einfacheren Einstieg in den Arbeitsmarkt dienen, sobald eine Arbeitserlaubnis vorliegt.

- Integrations-Projekte im Bereich Kultur und Sport sollen forciert werden, die zum Ziel haben, die Möglichkeit, Sitten, Traditionen und Werte der jeweils anderen kennenzulernen. Das Förderprogramm „Zusammenhalt stärken – Teilhabe sichern“ soll fortgeführt und in diesem Sinne weiterentwickelt werden.

Wir machen uns stark für Integration und fordern aus diesem Grund u.a. die Weiterentwicklung des Forums für Migrant*innen zu einem Integrationsbeirat. Unterbringung von Geflüchteten soll vermehrt dezentral erfolgen. Wir wollen frauenspezifische Angebote stärken.

- Der Prozess der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen der Stadt zur Integration von Migrant*innen soll fortgeführt und hinsichtlich Umsetzung und Zielerreichung evaluiert werden.

Wir erwarten eine Einbürgerungskampagne der Landesregierung und wollen diese unterstützen.

- Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Kieler Ausländerbehörde zur Zuwanderungsabteilung (Immigration Office) und begleiten den Prozess konstruktiv und kritisch. Es muss eine angemessene personelle Ausstattung erreicht werden. Die Mitarbeiter*innen sollen Zugang erhalten zu wichtigen Fortbildungsangeboten, z.B. in interkultureller Kompetenz.

Wir wollen, dass noch mehr gruppenspezifische Integrationsangebote für Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden. Ferner wollen wir politische Bildung für und im Idealfall auch von Geflüchteten und Migrant*innen fördern. Wir wollen das dezentrale Unterbringungskonzept weiterführen.

- Die Praxis der Unterstützungsleistungen und Übergänge in der Jugendhilfe für minderjährige und heranwachsende Geflüchtete wollen wir evaluieren, Handlungsempfehlungen entwickeln und umsetzen.

In Zukunft soll der Prozess der Zusammenführung mit den Eltern oder die Rückführung ins Herkunftsland besser koordiniert werden. Wir wollen auch minderjährige, unbegleitete EU-Bürger*innen in den Blick nehmen.

Jugendhilfe, Schule und Sport

- 510 Das Augenmerk in der Jugendhilfe liegt aktuell auf dem Ausbau und der Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung in Kiel. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass dabei die Lebensbedingungen von älteren

Kindern und Jugendlichen im Blick bleiben, auch durch die Sicherung und den Ausbau von außerschulischen Angeboten. Dabei legen wir folgende Schwerpunkte:

Ausbau Kindertagesbetreuung

- 515 Die Verwaltung bekommt den Auftrag, die Ausweitung von Naturkindergärten in Waldgebieten, in Parks oder am Strand zu prüfen (Standorte und Bedingungen für Betriebsgenehmigungen).

Wir wollen die Angebotszeiten in den Kitas flexibilisieren. Dabei müssen die kindlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Zudem muss in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung der Arbeitsbedingungen von pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen diskutiert werden.

- 520 Ernährung in Kindertageseinrichtungen begreifen wir als Teil der pädagogischen Arbeit und erfordert Fachlichkeit und Fachkräfte.

Wir unterstützen den Ausbau von betriebsnaher Kindertagesbetreuung und nehmen die Stadt Kiel als Arbeitgeberin in die Verantwortung. In den Verhandlungen mit dem Land über die Übernahme von Investitionskosten und Förderung von Betriebs-Kitas stehen wir an der Seite der Verwaltung.

- 525 Arbeit in Kitas attraktiver machen

Um den Fachkräftemangel zu begegnen, setzen wir uns dafür ein, die Verweildauer im Beruf durch Arbeitszufriedenheit zu erhöhen und gleichzeitig als Kommune die Voraussetzungen für den Ausbau von Ausbildungskapazitäten zu schaffen bzw. Initiativen auf Landesebene zu unterstützen.

- Mögliche Umsetzungsideen sind: Erhöhung des Anteils männlicher Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, Verbesserung der Bezahlung von Sozialpädagogischen Assistent*innen durch Erhöhung der Einstufung, Qualifizierung von Fachkräften mit Migrationshintergrund, Aufbau von multiprofessionellen Teams, Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kieler Einrichtungen in Kooperation mit den politischen Entscheidungsträger*innen auf Landesebene, betriebliches Gesundheitsmanagement in Kooperation mit den Kranken- und Unfallkassen.
- 530

- 535 Wir brauchen eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten. Dabei dürfen die Ausbildungsstandards und die Qualität der frühkindlichen Bildung nicht gesenkt werden.

Kita-Beiträge

- Derzeit wird auf Landesebene die Finanzierung der Kindertagesbetreuung überarbeitet. So lange die Reformierung der Kita-Finanzierung durch das Land noch in der Überarbeitung ist, soll die aktuelle Gebührensatzung mit der Sozialstaffelung grundsätzlich bestehen bleiben. Wir streben kurzfristig einen Deckel für die Elternbeiträge an. Mittelfristig wollen wir die Beitragsfreiheit der Kitas mit Hilfe des Landes erreichen.
- 540

Spielleitplanung

- Wir machen uns stark für die Umsetzung der Spielleitplanung, um die Aufenthaltsqualität für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum (Schulhöfe, Parks usw.) in Kiel zu sichern bzw. weiter zu entwickeln (Flächennutzung). Hierbei wäre es begrüßenswert, wenn es auch Räume für Familien gäbe, die bei schlechtem Wetter genutzt werden können.
- 545

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Wir unterstützen die Weiterführung des Wirksamkeitsdialogs als qualitätssichernde Maßnahme in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Kiel ist eine wachsende Stadt und Heranwachsende brauchen über Betreuungsangebote im Kleinkindalter hinaus außerschulische Angebote. Ausgehend vom Wirksamkeitsdialog sollen neue Angebote insbesondere für ältere Jugendliche geprüft werden, beispielsweise ein weiteres Angebot in Gaarden.

Sanierung älterer Einrichtungen

Wir haben den Sanierungsstau in älteren Kindertageseinrichtungen und offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit im Blick und setzen uns dafür ein, die erforderlichen Summen für Sanierungsmaßnahmen bereitzustellen. Dabei hat die Sanierung des Jugenddorfs in Falckenstein bei Klärung der Konzeption Priorität.

Schule

Die Schule entwickelt sich zum Lern- und Lebensort, an dem sich Kinder und Jugendliche immer länger aufhalten. Deswegen wollen wir weiterhin große Anstrengungen unternehmen, die Aufenthaltsqualität an den Kieler Schulen zu verbessern.

Schulkindbetreuung

Wir wollen die AG Schulkindbetreuung aktiv begleiten und die Qualitätsentwicklung in der Schulkindbetreuung fördern. Dabei setzen wir uns für die Verlässlichkeit von Nachmittagsangeboten auch in offenen Ganztagschulen ein. Unser Ziel bleibt dabei, die Schulkindbetreuung möglichst an die Schulen zu verlagern, auszubauen und eine hochwertige Nachmittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe zu gewährleisten.

Gesund essen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mensen und Kantinen der Schulen und Kindertagesstätten zu großen Teilen bezahlbares, gesundes und leckeres Essen aus regionalen Zutaten und Biozutaten anbieten. Um nicht nur den ökologischen Ackerbau, sondern auch die ökologische Tierhaltung zu fördern, möchten wir den Anteil an nach biologischen Standards erzeugten Tierprodukten im Essen erhöhen. Die Umsetzung soll möglichst kostenneutral erfolgen.

Lotsen für Eltern

Unabhängig von bisherigen und zukünftigen Förderungen vom Land setzen wir uns für den Ausbau von Familienzentren ein. Wir wollen das Modell der Kita-Lotsen um Familienlotsen erweitern, die niedrigschwellig junge Familien in herausfordernden Lebenslagen unterstützen (unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund). Wir wollen im schulischen Bereich verlässliche Übergänge für die Jugendlichen schaffen. Dazu gehört u.a. auch, dass das komplexe Schulsystem und seine Schularten den Schüler*innen und Eltern schon in der Grundschule verständlich dargelegt wird. Analog zu den Kita-Lotsen im Kitabereich könnten Elternlotsen das deutsche Schulsystem auch für Familien aus anderen Kulturkreisen verständlich machen und bei Fragen zur Verfügung stehen.

Integration an Schulen

Wir treten für ein gemeinsames Lernen von einheimischen und zugewanderten Kindern ein. Wir schaffen Angebote und Anreize, um eine gleichmäßigere Verteilung von zugewanderten Kindern auf alle Stadtteile und in alle Schularten zu erreichen. Wir setzen uns ein für eine verstärkte Differenzierung und Förderung der DaZ-Schüler*innen entsprechend ihrer Fähigkeiten.

Übergang gestalten

Den Weg von der Schule in Ausbildung oder Studium wollen wir differenziert betrachten und junge Menschen in ihrer Orientierungsphase nach ihren persönlichen Potenzialen individuell begleiten. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Unterstützung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund. Hierbei sollte auch jungen Menschen mit Handicap eine Berufsausbildung an den Regionalen Berufsbildungszentren ermöglicht werden. Wichtig ist uns ebenso eine spezielle Berufsorientierung insbesondere für Kinder und Jugendliche aus den seit 2015 vermehrt zu uns gekommenen geflüchteten Familien.

Mehr gebundene Ganztagschulen

Wir setzen uns für mehr gebundene Ganztagschulen ein, die gerade auch unter den Aspekten der Integration, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des sozialen Lernens viele Vorteile haben. Die Unterscheidung zwischen alten und neuen gebundenen Ganztagschulen möchten wir auflösen und beide Systeme gemeinsam mit dem Land mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten.

Magnetschule

Wir fordern im schulischen Bereich eine Bildungsoffensive für die Stadtteile, die einen großen Teil der Integrationsleistung unserer Gesellschaft übernehmen. Wir wollen in dieser Wahlperiode eine Magnetschule schaffen für den Sekundar-I-Bereich, die für Schüler*innen auch aus anderen Stadtteilen attraktiv ist.

Mehr Schulsozialarbeit

Wo die Umstände es erfordern, soll die Anzahl der Schulsozialarbeiter*innen erhöht werden, um optimale Chancen für alle Schüler*innen – unabhängig von Herkunft und Bildungsgrad der Eltern – zu ermöglichen. Bewährte Projekte der Schulsozialarbeit sollen nach deren Evaluation verstetigt werden. Dies gilt insbesondere für die Projekte der Förderung von Eigenständigkeit und Verantwortungsgefühl und gegen Schulabsentismus, wodurch schon frühzeitig soziale Kompetenzen gestärkt werden können.

100 Millionen Euro für Schulen und Kitas

Die Kieler Schulentwicklungsplanung, die in das Schulbauprogramm 2.0 mündet, gibt ein transparentes und strukturiertes Verfahren vor, um in Kiel die schulischen Strukturen entsprechend den aktuellen und zukünftigen Bedarfen vorhalten zu können. In den nächsten fünf Jahren beabsichtigen wir, mindestens 100 Millionen Euro in die Sanierung von Schulen und Kitas zu investieren. Innovative Schulbauten sollen sowohl zeitgemäße pädagogische Bedarfe berücksichtigen als auch im Vorwege die Beteiligung der Eltern und Schüler*innen und des Quartiers durch die Leistungsphase 0 sicherstellen. Schulgebäude, insbesondere jene in desolatem Zustand, müssen zeitnah saniert und modernisiert werden. Dazu gehört auch die Anbindung an das Glasfasernetz. Gute sanitäre Einrichtungen und Hygienekonzepte sind Mindeststandards, die in allen

Schulen hergestellt werden müssen. Hierbei ist in Gänze auf Barrierefreiheit zu achten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Trinkwasserspender an Kieler Schulen zur Verfügung stehen.

620 Schullandschaft weiter entwickeln

Die Regionalen Berufsbildungszentren werden wir auf ihrem weiteren Weg unterstützen, die Teilung des RBZ 1 konstruktiv begleiten und die neu aufzubauenden Strukturen nachhaltig sichern. Die Umstellung der Gymnasien zurück zu G9 berücksichtigen wir in der Umsetzung der Raumprogramme. Wir werden zur Entlastung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen prüfen, ob das Prinzip der Schulassistenz auf die Sekun-

625 darstufe 1 ausgeweitet werden kann. Angesichts der zunehmenden Internationalisierung von Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir eine Internationale Schule in Kiel etablieren.

Digitale Schule

Schule hat die Aufgabe, Schüler*innen auf die weitere Lern- sowie Lebens- und Arbeitswelten vorzubereiten, die immer digitaler werden. Die Stadt Kiel muss daher ihre Schulen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur nach Kräften stärken. Die IT-Betreuungs-Lehrer*innen werden wir entlasten. Beschaffung, Pflege der Hard- und Software und die Systembetreuung werden zentral und kompetent für alle Schulen angeboten. Dabei werden die Schulen bei der Erstellung von Medienentwicklungskonzepten und entsprechenden Rahmenbedingungen zur Umsetzung mit ausreichend Personal unterstützt. Die Digitale Woche muss an Schulen in diesem Zusammenhang noch bekannter gemacht und vernetzt werden.

635 Zusammenarbeit in der Bildungsregion

Mit Hilfe des Bildungsmanagements wollen wir eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Bildungsregion herstellen. Dazu gehört neben der Verstetigung dieser Strukturen eine bessere Vernetzung zwischen der Kieler Wirtschaft, dem Handwerk, den Schulen sowie den außerschulischen Bildungsträgern. Kompetente Anbieter*innen, zum Beispiel aus den Bereichen Umwelt, Kunst und Kultur, Musik, Geschichte gehören bereits heute zur Kieler Bildungslandschaft. Deswegen setzen wir uns für ein Kulturticket für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende ein, welches es ermöglicht, mehrmals im Jahr kostenfrei diese Angebote wahrzunehmen. Wir fordern vom Land eine Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten und wollen die bisherigen Ermäßigungen beim Schülerticket verbessern.

Kritisches Denken stärken

645 Demokratiebildung und Mitbestimmung sind wichtige Voraussetzungen für ein freies, selbstbestimmtes Leben, denn sie stärken das kritische Denken der jungen Menschen. Zur Stärkung der politischen Bildung in Schulen wollen wir entsprechende Projekte auflegen.

Holstein-Stadion

Wir stehen zum weiteren Ausbau des Holstein-Stadions. Damit soll die Erstligatauglichkeit und eine Kapazität von ca. 25.000 Zuschauer*innen sichergestellt werden. Den notwendigen Bebauungsplan werden wir weiter vorantreiben. Sofern sich Verein bzw. Sponsoren und das Land Schleswig-Holstein ebenfalls beteiligen, sind wir bereit, einen Betrag von 10 Millionen Euro für den weiteren Umbau des Stadions bereitzustellen. Weiter sind wir bereit, uns an einer Eigentums- und Betriebsgesellschaft zu beteiligen und ggf. das Sta-

655 diongrundstück in die Gesellschaft einzubringen. Die Gesellschaft soll ggf. weitere für den Umbau notwendige
660 Finanzierungsbeiträge aufbringen und für den Betrieb und die Instandhaltung des Stadions verantwortlich
sein. Voraussetzung ist eine Aufstockung der von der Kommunalaufsicht genehmigten Investitionsmittel um
die zu leistenden Finanzierungsbeiträge und eine angemessene Verteilung der Finanzierungs- und Betriebs-
lasten zwischen allen Beteiligten. Weitere sinnvolle Nutzungen im/am Stadion werden wir auf ihre Machbar-
und Finanzierbarkeit prüfen. Von Holstein Kiel erwarten wir wirtschaftlich angemessene Kostenbeiträge für
die Nutzung des Stadions und die Unterstützung von Vielfalt und der Gleichstellung von Frauen und Män-
nern in allen derzeit ausgeübten Sparten und die Durchführung entsprechender Projekte.

Die Förderung des Breitensports in Kiel werden wir im Sinne der bisherigen Beschlüsse der Ratsversamm-
lung ausbauen und ein erweitertes Investitionspaket Breitensport verabschieden.

Nicht organisierter Sport

665 Nicht organisierter Sport findet auf unseren Straßen, Plätzen und Waldwegen statt und muss entsprechend
bei der Stadtplanung berücksichtigt werden, beispielsweise durch die Ausweisung weiterer Laufstrecken, z.
B. auch in unseren Parks. Bei dem Bau und der Betreuung von Outdoor-Fitnessgeräten wollen wir die Kieler
Sportvereine mit einbeziehen.

Sportanlagen

670 Die städtischen Außensportanlagen wollen wir weiter konsequent sanieren und dabei auch die Barrierefrei-
heit der Sportanlagen herstellen. Den dafür vorgesehenen Haushaltsansatz wollen wir fortschreiben und bei
Bedarf erhöhen. Die Prioritätenliste für die Sanierung werden wir aktualisieren und ein halbjährliches Be-
richtswesen einführen.

675 Beim Bau von Sporthallen sollen Schulen und Vereine noch in diesem Jahr in die Planung eingebunden
werden.

Schwimmbhallen

Wir werden uns dafür einsetzen, die Kieler Schwimmbhallen in den kommenden Jahren zu sanieren und zu
modernisieren, damit unser Ziel „jedes Kind soll schwimmen lernen“ weiterhin konsequent verfolgt wird.
Hierbei soll darauf geachtet werden, energie- und kostensparende Lösungen zu implementieren. Wir setzen
680 uns für die Installation von Solarthermieanlagen ein. Um einen ganzjährigen Betrieb von Katzheide, auch für
das Schulschwimmen, zu ermöglichen, werden wir den Einsatz einer Traglufthalle prüfen.

Sportvereine

Die Kieler Sportvereine nehmen eine wichtige Rolle in unsere Stadt wahr und deshalb wollen wir sie noch
stärker als bisher in die gemeinsame Arbeit einbinden, z.B. in einer neu zu gründenden Kreativgruppe Sport
685 oder bei Integrationsprojekten. Wir wollen die Sportvereine auch bei ihren Forderungen nach Bürokratieab-
bau unterstützen. Hierzu wollen wir prüfen lassen, welche Aufgaben in allen Sportvereinen identisch sind,
um Handreichungen und Vereinfachungen zu ermöglichen. Hier wollen wir auch den Sportverband Kiel und
den Landessportverband mehr in die Pflicht nehmen, ihre Angebote transparenter zu machen, damit diese
mehr genutzt werden.

690 Um die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen zu unterstützen, wollen wir den aktuellen Sachstand erheben. Gut funktionierende Kooperationen können als Modell dienen.

Um die besonderen Leistungen in allen Sportarten in Kiel zu fördern, wollen wir an einem Runden Tisch Leistungssport den Austausch zwischen den Aktiven des Leistungssports, der Verwaltung und der Politik befördern. Wir wollen die Trainings- und Wettkampfbedingungen verbessern und die Ausrichtung überregio-
695 naler Wettkämpfe ermöglichen. Ein langfristiges Ziel sollte die Einrichtung eines Förderfonds sein, der dem des Breitensports ähnelt.

Wir wollen die Ausweitung des Kiel-Passes auf weitere Kieler Sportvereine fördern. Der Kiel-Pass soll da-
hingehend umgestaltet werden, dass auch ältere Menschen und weitere Leistungsbedürftige in diesen inte-
griert werden und so in den Vereinen aktiv werden können. Darüber hinaus soll das Verfahren entbürokrati-
700 siert werden, um eine möglichst reibungslose Eingliederung zu ermöglichen. Außerdem soll stärker für den Kiel-Pass geworben werden.

Wirtschaft, Digitalisierung und Gründertum

Eine wachsende Stadt bedarf auch einer wachsenden Wirtschaft mit weit gefächerten beruflichen Möglich-
705 keiten und einem größeren Angebot an Arbeitsplätzen. Wir wollen uns dafür einsetzen, traditionelle und mo-
derne Bereiche der Kieler Wirtschaft miteinander zu verknüpfen. Durch die Bereitstellung passgenauer Ge-
werbeflächen und klassischer Wirtschaftsförderung wollen wir zusätzliche Möglichkeiten zum Wachstum
schaffen. Den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Kiel wollen wir im Wandel der Digitalisierung weiter-
entwickeln und neue Geschäftsmodelle ermöglichen sowie bei Gründungen unterstützen. Ziel ist es, die
710 Rahmenbedingungen für die Kieler Wirtschaft zukunftsfähig, nachhaltig und gründungsfreundlich zu machen.

Standortpolitik

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind ein wesentlicher Bestandteil der Kieler Wirtschaft und
Arbeitsplatzgaranten, die es besonders zu unterstützen gilt. Hierzu sehen wir vor, die städtischen Ausschrei-
bungen in kleineren Volumen und Losen vorzunehmen, um auch eine Beteiligung dieser Unternehmen zu
715 erleichtern. Unser Ziel ist es, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu reduzieren. Es ist in Gesprä-
chen mit dem Land zu prüfen, ob durch Verwaltungsveränderungen Planungszeiten verkürzt werden können.

Durch einen Masterplan "Handwerk in Kiel" soll diese Branche auf gegenwärtige und zukünftige Herausfor-
derungen eingestellt und vorbereitet werden. Dieser Masterplan soll im Dialog mit allen Akteur*innen ent-
wickelt und Innovationsförderung, Digitalisierung und Bekämpfung des Fachkräftemangels bedacht werden.

720 Wir werden an der strategischen Förderung der Zukunftsbranchen wie Erneuerbare Energien, digitale Wirt-
schaft, Gesundheitswirtschaft, Kultur- und Kreativwirtschaft und des produzierenden Gewerbes festhalten.

Ergänzend zum Programm der Landesregierung soll ein Aktionsbündnis Unternehmensnachfolge unter Ein-
bindung von Stadt, IHK, Handwerkskammer, Unternehmen und Gewerkschaften ins Leben gerufen werden.

725 Die Kräfte und Kompetenzen der Wirtschaftsförderung und des Stadt- und Standortmarketings wollen wir
stärker bündeln und vernetzen und für das Standort- und Stadtmarketing ein gemeinsames Konzept auf den
Weg bringen.

Eine bessere Vernetzung mit den Kieler Schulen und Berufsbildungszentren bietet die Chance, kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk bei Schülerinnen und Schülern bekannt zu machen, berufliche Perspektiven aufzuzeigen und Ausbildungsplätze zu vermitteln. Auch Wirtschaft (insbesondere die Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)) und die Studierenden an den vier Kieler Hochschulen müssen besser vernetzt werden, um Absolvent*innen nach ihrem Studium in Kiel halten zu können. In einem städtischen Servicecenter soll daher zum einen die Aufgabe wahrgenommen werden, die Unternehmen und die Studierenden für Kooperationen zum Beispiel Projekt-, Studien-, Bachelor- und Master-Arbeiten, zusammen zu bringen und die Unternehmen fortlaufend über das aktuelle Studienangebot, die Inhalte und die erworbenen Kompetenzen zu informieren. Zum anderen sollen dort auch Mitarbeiter*innenangebot und -nachfrage regional zusammengeführt werden.

Der industriepolitische Dialog soll fortgesetzt werden, um die Rahmenbedingungen für das produzierende Gewerbe gezielt zu verbessern. Arbeitsplätze in der Industrie sind meist gut bezahlt und fördern weitere Arbeitsplätze in der Zuliefererbranche. Es soll geprüft werden, ob zukünftig neben der Stadt, den Gewerkschaften und Unternehmen auch weitere Wirtschaftsverbände, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie Nachbarkommunen am industriepolitischen Dialog teilnehmen sollen.

Die Kooperationspartner*innen wollen Kiel als Standort des „nachhaltigen Wirtschaftens“ profilieren. Wir wollen Nachhaltigkeits- und Innovationskriterien definieren. Themen der Nachhaltigkeit, der sozialen Standards und des Meeresschutzes sollen auch in der Wirtschaftsförderung eine wichtige Rolle spielen. Ressourcenschonende Produktion, Plastikverbrauch, Einsatz erneuerbarer Energien oder auch nachhaltige Mobilität sollen gegenüber den Unternehmen bei Ansiedlungen genauso wie bei der Unterstützung von Unternehmen im Bestand angesprochen werden. Die Eigenbetriebe der Stadt sollen hierfür eine Vorbildfunktion übernehmen. Die Kieler Wirtschaftsförderung soll geeignete Veranstaltungsformate entwickeln, um Themen wie Nachhaltigkeit, fairer Handel, Klimaschutz und Meeresschutz einerseits und technische Innovationen andererseits stärker in der regionalen Wirtschaft zu verankern.

Wir fordern vom Bund, frei werdende Bundeswehrliegenschaften der Stadt kostengünstig zu überlassen. In einem Gesprächskreis zwischen Politik, Bundeswehr, Unternehmen, Verwaltung, NGOs und Bürger*innen soll das Thema der Rüstungsindustrie, ihrer Bedeutung für Kiel und Konversionsmöglichkeiten diskutiert werden.

755 Innenstadt

Die Innenstadt Kiels soll wieder zu dem agilen Zentrum Kiels entwickelt werden. Dafür wollen wir die Möglichkeiten, die sich derzeit durch den kulturellen gesellschaftlichen Wandel abzeichnet, nutzen und die Innenstadt zu einer „neuen Mitte“ machen. Dazu wollen wir prüfen, ob die vorhandenen Auflagen für Gastronomie und Veranstaltungszentren noch modernen Anforderungen genügen und kein Hindernis für die Weiterentwicklung einer lebendigen und attraktiven Innenstadt darstellen.

Zur Belebung der Innenstadt tragen auch eine verbesserte Aufenthaltsqualität der Plätze und vielfältige kulturelle Aktivitäten bei. Insbesondere den Europaplatz und den Alten Markt wollen wir umgestalten und wieder zu Anziehungspunkten machen. Grundlage ist das beschlossene Wettbewerbsverfahren zur Umgestaltung der Holstenstraße und der anliegenden Plätze.

765 Die Kooperationspartner*innen setzen sich für einen stärkeren Einzelhandel in der Innenstadt mit einem breit

aufgestellten, regionalen Branchenmix ein, um ein vielfältiges und individuelles Angebot für Einwohner*innen wie für Tourist*innen zu bieten. Dieser soll durch ein aktives Innenstadtmanagement gefördert werden. Dabei sollen kleinen regionalen Anbieter*innen und Händler*innen die Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Flächennutzung aufgezeigt werden. Außerdem wollen wir die Wochenmärkte in den Stadtteilen erhalten.

- 770 Um die Landeshauptstadt als Wirtschaft- und Wissenschaftsstandort zu stärken, soll in den nächsten zwölf Monaten ein Konzept für ein Messe- und Kongresszentrum, vorzugsweise in der Innenstadt, vorgelegt werden. Hierbei sollen auch die Möglichkeiten, die sich aus dem Ankauf und einer anschließenden Umgestaltung des Kieler Schlosses ergeben, geprüft werden.

Belebung durch Sonntagsöffnungen

- 775 Der Kieler Hafen wird insbesondere in den Sommermonaten von mehreren Millionen Tourist*innen der Kreuzfahrt- und Fährschiffe besucht. Wir prüfen den Bedarf für zeitlich und räumlich begrenzte Sonntagsöffnungen in der Innenstadt, insbesondere mit lokalen Anbieter*innen (ggfs. als Business Improvement District-Modell). Die Ausgestaltung soll unter Einbeziehung u.a. des Wirtschaftsausschusses, der Kreuzfahrt- und Fährgesellschaften, der Seehafen GmbH, der Einzelhändler (z.B. Sophienhof, Alter Markt), der Gastronomie, der Museen und der Gewerkschaften erarbeitet werden.

Über die Grenzen hinweg

Die Stadt Kiel kann durch ihre besondere Lage nicht nur durch die Vernetzung und Kooperation innerhalb Schleswig-Holsteins, mit der Metropolregion Hamburg und der Grenzregion Süddänemark/Seeland profitieren, sondern bildet auch durch den Hafen und die Ostsee das Tor zu Nordeuropa.

- 785 Wir wollen die KielRegion GmbH unterstützen und durch enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkreisen und -gemeinden die Potenziale der KielRegion nutzen und Kooperationen ausbauen. Insbesondere in den Bereichen Wohnungsbau, Schulentwicklung, Verkehr, Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächen ist eine Abstimmung herbeizuführen.

- 790 Die Kooperation mit der Grenzregion mit Süddänemark/Seeland und der Metropolregion Hamburg wollen wir durch gemeinsame Projekte in den Feldern Arbeit 4.0, Coworking, Kultur- und Kreativwirtschaft etc. stärken. Hierzu sollen Fördermittel genutzt werden und das erforderliche Personal zur Verfügung gestellt werden.

- 795 Auch die Potenziale unserer Städtepartnerschaften wollen wir stärker nutzen und insbesondere im Austausch mit China (Qingdao, Hangzhou), San Francisco und Aarhus Kiels Wirtschaft und Wissenschaft voranbringen. Durch die Weiterentwicklung und den Ausbau unserer Städtepartnerschaften sehen wir Chancen, vielseitige Sichtweisen zu erfahren und voneinander zu lernen. Die Kreativzentren werden in die Städtepartnerschaften und -freundschaften eingebunden. Den Austausch der Gründerzentren und –communities mit anderen Städten im Ostseeraum und Skandinavien wollen wir stärken, um besser voneinander zu lernen. Generell wollen wir die Europafähigkeit Kiels stärken.

- 800 Die Ratsversammlung wird mehr in die Intensivierung der Zusammenarbeit der Städtepartnerschaften einbezogen. Hierzu werden wir einen regelmäßig tagenden Arbeitskreis unter der Leitung des Stadtpräsidenten einrichten, der alle Belange der Städtepartnerschaften und hierzu gehörende Beschlussvorlagen berät.

Der Hafen wächst

Das Wachstum des Kieler Hafens werden wir unterstützen. Dafür wollen wir das Gelände des GKK-Kohlekraftwerks als zentrale Fläche für eine Erweiterung des Ostuferhafens und für maritimes Gewerbe
805 entwickeln.

Mit dem Blue-Port-Konzept und dem Landstromanschluss werden die Grundlagen für einen umweltfreundlichen Hafen geschaffen. Der Industriepolitische Dialog könnte eine geeignete Plattform sein, um Potentiale der Lokomotiven- und Motorenhersteller in Kiel für emissionsärmere Antriebe (einschließlich der Brennstoffzelle und Nutzung von Wasserstoff) zu fördern. Den Seehafen werden wir beim Ausbau der Kombi-Verkehre
810 von Straße und Schiene unterstützen.

Arbeits- und Lebensbedingungen

Wirtschaftspolitik heißt aus unserer Sicht auch, den Standort durch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen zu stärken. Gemeinsam mit der Kieler Wirtschaft, dem sozialen Sektor und den Gewerkschaften werden wir im Rahmen der hierfür bereits geschaffenen Kieler Kommission für Berufsbildung, Beschäftigung und
815 Wirtschaft einen Kodex für „Gute Arbeit“ entwickeln. Damit wollen wir aufzeigen, wie moderne Arbeitsformen (Arbeit 4.0) wie Homeoffice, Wissensarbeit und Coworking dauerhaft vereinbar sind mit sozialer Sicherheit, Existenzsicherung und Arbeitsschutz und Kiel so zu einer Vorbildstadt für die digitalisierte Arbeitswelt machen.

Gewerbeflächen

820 Wir werden die ansässigen Unternehmen unterstützen und eine aktive Ansiedlungspolitik betreiben, indem wir die Entwicklung von Gewerbeflächen in Kiel und in interkommunaler Partnerschaft vorantreiben. Das Industriegebiet Friedrichsort wollen wir erwerben und modernisieren.

Verkehrslandeplatz Holtenau

Dem deutlichen Votum der Einwohner*innen zum Erhalt des Verkehrslandeplatzes Kiel-Holtenau wollen wir
825 Rechnung tragen und die Infrastruktur des Verkehrslandeplatzes weiter betreiben. Zugleich wollen wir Flächen im Umfeld für Gewerbeansiedlung sinnvoll nutzen und im Süden Wohnbebauung vorantreiben. Der städtische Zuschuss soll weiter gesenkt und die Transparenz von Einnahmen und Ausgaben erhöht werden. Mit Augenmaß werden wir Trends und Innovationen im Luftfahrtwesen wie z.B. regenerative Antriebsformen und autonomes Fliegen begleiten und am Standort Holtenau Forschung und Wirtschaft verknüpfen. Eine
830 Startbahnverlängerung wird ausgeschlossen.

Eine Stadt im Aufbruch

Die Startup-Szene bietet genau wie die Kultur- und Kreativwirtschaft großes Potenzial für die Innovationsfähigkeit Kiels. Die Dynamik dieser aufwachsenden Szene werden wir begleiten und Kiel als kreative und innovative Stadt zur Startup-City weiterentwickeln. Die Verwaltung muss dafür dienstleistungsorientiert auf-
835 gestellt werden, um Gründungswillige bei Unternehmensgründungen stärker zu unterstützen. Konkret werden wir eine zentrale Ansprechstelle für Gründer*innen in der Verwaltung etablieren, die auch vor Ort in den Gründerzentren ansprechbar ist.

Die Kooperationspartner*innen werden bestehende Projekte wie Coworking-Spaces, Innovation Hubs, kreative Gründerzentren (OpenCampus, Anschar-Campus etc.) und Startup-Initiativen weiter unterstützen und
840 zur Kooperation ermuntern. Wir wirken darauf hin, diese Ansätze auch auf das Ostufer auszuweiten.

Science.City

Wir unterstützen Initiativen, die Sichtbarkeit der Hochschulen in der Stadt zu stärken. Zusammen mit den Hochschulen wollen wir in Kiel vorbildlich Studium und Wissenschaft, Innovation und Wirtschaft, Leben, Arbeiten und Wohnen miteinander verbinden: als „Science.City“ im Bereich des Campus der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), im Anscharpark und maritimen Viertel in der Wik, im Bereich der Seeburg an der Kiellinie, an der Schwentinemündung unter Einbindung der Fachhochschule Kiel, des GEOMAR Helmholtz-Zentrums für Ozeanforschung Kiel und des Zentrums für maritime Technologie und Seefischmarkt (ZTS) und mit der Umsetzung des Masterplans der Technischen Fakultät der CAU in Gaarden. An diesen
845 Standorten wollen wir Wissenschaftsquartiere etablieren, die Wohnen, Forschen, Arbeiten, Lernen und Leben vorbildlich miteinander vernetzen. Dabei können Fablabs, Makerspaces und Werkstätten zur gemeinschaftlichen Nutzung helfen. Um die kreativen Köpfe in Kiel zu halten, werden wir das städtische Angebot an
850 Mikrokrediten verbessern.

Digitalisierung

Die Digitalisierung bietet Verwaltung, Unternehmen und der Gesellschaft eine Chance, Prozesse zu vereinfachen, Teilhabe zu fördern und Vernetzung zu intensivieren. Die Kooperationspartner*innen wollen den
855 Wandel zur Digitalen Stadt befördern und sehen in diesem Segment einen Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik. Dabei sollen Trends jedoch nicht blind übernommen werden. Wir wollen die Digitalisierung vielmehr bedarfsorientiert und zukunftsgerichtet gestalten. Hierzu müssen auch Risiken erkannt werden, um zu einer gemeinwohlorientierten SmartCity zu gelangen.

860 Um allen einen ausreichenden Zugang zum Internet zu gewährleisten, muss der Breitbandausbau schneller voran gehen. Bei Tiefbauarbeiten und geeigneten Bauvorhaben muss die Verlegung notwendiger Kabel oder Leerrohre immer mitgedacht werden.

Wir unterstützen die Einführung von E-Government in der Verwaltung. Die Verwaltungsabläufe sind zu digitalisieren, Verwaltungsprozesse einfacher und überschaubarer für die Bürger*innen zu gestalten. Ein solcher
865 Prozess optimiert Verwaltung und Kommunalpolitik. Eine langfristig wirtschaftliche und bürger*innenfreundliche Verwaltung setzt kurzfristige Investitionen voraus. Diese werden wir im Haushalt abbilden, um Kiel zu einem Vorbild digitaler Verwaltung zu machen. Hierbei sind Kooperationen, z. B. mit dem Land, den Nachbarkommunen oder den Metropolregionen Kopenhagen und Hamburg, zu nutzen, um gemeinsam die Digitalisierung der Verwaltung kostengünstig zu erreichen.

870 Papierlose Verwaltung leistet auch einen Beitrag für umweltbewussteres Handeln.

Die Digitalisierungsstrategie der Landeshauptstadt Kiel bildet den Auftakt der Arbeit in diesem Bereich und soll um weitere Aspekte erweitert werden. Zur inklusiven Gestaltung der Digitalisierung wird die Stadt Kiel Leitlinien entwickeln und diese in die KielRegion einbringen. Die Kooperationsvereinbarungen mit dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung wollen wir umsetzen und
875 Bürger*innenbeteiligungen weiter ausbauen.

Digitale Verwaltungsprogramme sind im Rahmen der Umsetzung dieser Kooperationsvereinbarung zu vernetzen, um behördenintern sowie behördenübergreifenden Zugriff auf Daten und Prozesse zu ermöglichen. Dabei muss ein analoges Angebot (Telefon und Bürger- und Ordnungsamt) bestehen bleiben, bis sichergestellt ist, dass der Zugang aller zum digitalen Prozess gewährleistet ist.

880 Von einem freien Zugang zum Internet profitieren sowohl Geschäftsleute, Studierende, Bürger*innen der Stadt Kiel als auch Tourist*innen. Wir werden uns daher für den weiteren Ausbau eines flächendeckenden, kostenfreien WLAN als Teil der Infrastruktur in Kiel einsetzen.

Ausgewählte öffentliche Bereiche sollen durch entsprechendes Stadtmobiliar ausgestattet werden, um Orte für digitale Arbeitsstätten zu schaffen.

885 In Zusammenarbeit mit Handelskammern und Berufsverbänden soll die Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KiWi) durch Vernetzung und Informationstransfer dafür Sorge tragen, dass vorhandenes externes Know-how über den Umgang mit der digitalen Transformation für die Unternehmen in Kiel leichter zu erreichen ist. Um die Kieler Ladeninhaber*innen zu stärken, werden wir unter Einbeziehung von Unternehmen und Verbänden wie KiWi, IHK, Forum Innenstadt und Die Holtenauer ein Online-
890 Marketingkonzept entwickeln.

Für die Gestaltung einer SmartCity müssen alle Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden. Die Teilhabe an der Digitalisierung muss für alle sichergestellt sein. Hierzu sollen sich Angebote seitens der Stadt am Bedarf der Bürger*innen orientieren und möglichst niedrigschwellig eingerichtet werden. Benutzer*innenoberflächen müssen leicht verständlich und selbsterklärend dargestellt werden. Zur Gewährleistung der Teilhabe soll ein Runder Tisch mit dem Beirat für Senior*innen, dem Beirat für Menschen mit Behinderung, dem Forum für Migrant*innen, den Volkshochschulen sowie anderen wichtigen Trägern eingerichtet werden.

Wir prüfen, wie wir Datensätze, die mit Mitteln der Stadt erhoben oder generiert werden, möglichst als Open Data der Öffentlichkeit unter Wahrung des Datenschutzes zur Verfügung gestellt werden können.

900 Datenschutz und Datensicherheit spielen eine wichtige Rolle. Um auch der Gesellschaft grundlegende Kenntnisse dahingehend zu vermitteln, soll die Volkshochschule Kurse zum „praktischen Datenschutz im Alltag“ für Interessierte anbieten.

Die Digitale Woche bündelt die vielfältige und dynamische Entwicklung und wird von den Kooperationspartner*innen begrüßt und weiter ausgebaut. Dieses Event soll in den nächsten Jahren überregional etabliert
905 werden.

Wir setzen uns für ein digitales Verwaltungsangebot für Sportstätten und Hallen in Kiel ein.

Um die Wohnqualität der Studierenden zu verbessern, werden wir vom Land die Anbindung ans Glasfasernetz und flächendeckenden WLAN für die Studierenden in den Wohnheimen des Studentenwerks Schleswig-Holstein fordern.

910

Finanzen, Personal, Verwaltungsmodernisierung, Ordnung, Inneres und Bürger*innenbeteiligung

Zur Lage

915 Die Landeshauptstadt Kiel nähert sich einem ausgeglichenen Haushalt an. Die Haushaltsdefizite wurden kontinuierlich verringert, 2016 und 2017 Überschüsse erwirtschaftet.

Ein ausgeglichener Haushalt ist wichtig für die Gestaltung dieser Stadt. Diese Gestaltungsräume gilt es nachhaltig zu sichern. Die Ursachen für diese positive Entwicklung liegen in einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik, niedrigen Zinsen und der gesunkenen Arbeitslosigkeit. Andererseits sind aufgrund der guten Konjunktur die Steuereinnahmen gestiegen. Ebenso waren die Verbesserungen beim Kommunalen Fi-
920 nanzausgleich sehr wichtig.

Gegenüber dem Land, aber auch dem Bund betonen wir unseren Anspruch auf eine auskömmliche Finanzierung, damit die anfallenden Pflicht- und Grundaufgaben gemeistert werden können. Das Ziel ist, die Stadt im Sinne einer engagierten Selbstverwaltung zukunftsorientiert weiter zu entwickeln.

925 Die Bürger*innen sollen in dieser Stadt gestalten, und diese Stadt gestaltet für ihre Bürger*innen. Der Haushalt ist das zentrale Instrument in diesem Prozess.

Steuern und Gebühren

930 Eine Anhebung kommunaler Steuern lehnen wir ab, da aufgrund der Erhöhung in den vergangenen Jahren die Grenze des Vertretbaren erreicht worden ist. In dieser Verantwortung stehen wir gegenüber den Bürger*innen dieser Stadt und schaffen zugleich ein noch wirtschafts- und gründer*innenfreundlicheres Klima in Kiel. Ähnliches gilt bei Gebühren bzw. Kostenbeteiligungen in den Bereichen Kinderbetreuung und Büchereien.

Unabhängig davon stellen wir fest, dass bei der Erhebung von Gebühren für individuell beantragte Leistungstatbestände eine Kostendeckung erstrebenswert ist.

Investitionen

935 Investitionen dienen der Zukunftsgestaltung. Der Haushalt ist auch in den nächsten Jahren so zu gestalten, dass in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge investiert werden kann und wird. Voraussetzung dafür ist die weitere Verbesserung der Haushaltslage durch eine bessere Grundfinanzierung und eine faire Altschuldenregelung.

Zu den wichtigen Investitionen der kommenden Jahre gehören zum Beispiel:

- 940
- die Bildungsinfrastruktur, hier ist das Schulbauprogramm 2.0 oder die Sanierung des Jugenddorfs Falkenstein zu nennen
 - die Verkehrsinfrastruktur zur Gestaltung zukunftsfähiger Mobilität
 - die Stadtgestaltung

945 Soziale Infrastruktur trägt dazu bei, dass alle die gleichen Chancen und Möglichkeiten auf Teilhabe erhalten. Insofern sind Investitionen in diese Bereiche richtig und sinnvoll. Deshalb streben wir eine kontinuierliche Ausweitung der städtischen Investitionsmöglichkeiten und deren Anerkennung durch das Land an. Wir wer-

den uns weiterhin auf Bundes- und Landesebene für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips einsetzen.

950 Die Förderung von sozialen Projekten und Einrichtungen durch die Landeshauptstadt Kiel soll regelmäßig evaluiert und auf Doppelstrukturen hin geprüft werden. In einem ersten Schritt sollen die Angebote mit städtischer Förderung katalogisiert werden. Diese Liste soll auch veröffentlicht werden.

Die Landeshauptstadt Kiel besitzt eine Vorbildfunktion bezüglich einer nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft. Städtische Unternehmen sollen in ihren Berichten an den Hauptausschuss die Nachhaltigkeit ihres Handelns aufzeigen.

955 Haushaltsgestaltung und -transparenz

Der Haushalt ist das zentrale Gestaltungs- und Kontrollinstrument der Kommunalpolitik. Die doppische Haushaltsführung ist in diesem Sinne zu optimieren. Kiel benötigt einen transparenteren und wirkungsorientierten Haushalt, in dem auch ökologische, soziale und Genderaspekte dargestellt werden. Mit der Einführung des doppischen Haushaltes verbundene Erwartungen haben sich bislang nicht erfüllt.

960 Wir wollen zügig geeignete Instrumente und Verfahren einführen, um die ursprünglichen Ziele doppischer Haushaltsführung in die Realität umzusetzen. Dazu gehört auch die Transparenz bei notwendigen Rückstellungen. Das Berichtswesen wird weiterentwickelt. Es muss noch regelmäßiger und anschaulicher werden. Es erfolgt bereits unterjährig eine enge Einbindung der Selbstverwaltung in die Haushaltsplanung der Verwaltung. Dies gilt gleichermaßen für den Ergebnis-, Stellen- und Investitionsplan.

965 Um für mehr Haushaltstransparenz, eine gute Haushaltsführung und den Umgang mit der Doppik gemeinsam mit der Verwaltung Lösungsvorschläge und zudem Signale der Veränderung an das Land zu formulieren, wird der existierende „Runde Tisch zur Haushaltskonsolidierung“ zu einem „Runden Tisch zur Haushaltsgestaltung, Haushaltstransparenz und Doppik“ erweitert.

Verwaltung

970 Die Verwaltung ist auf dem Weg zu einer modernen Dienstleisterin. Dieser Weg muss unterstützt und gestaltet werden. Gute öffentliche Leistungen können nur von einer gut aufgestellten Verwaltung erbracht werden. Ebenso soll ein gründungsfreundliches Klima durch Verwaltungshandeln befördert werden.

Die Interessen und Bedarfe der Bürger*innen müssen erfüllt werden, die Verwaltung muss dazu aber auch in der Lage sein. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen mit einer angemessenen Bezahlung, gute Ausbildungsmöglichkeiten, regelmäßige und qualitativ hochwertige Fortbildung. Eine Weiterentwicklung der Verwaltung ist nur möglich mit einem quantitativ und qualitativ gut aufgestellten Personalkörper. Wir unterstützen die Stadtverwaltung bei der Schaffung eines entsprechenden Stellenplans und der Bewilligung von Fortbildungsmitteln. Das macht die Arbeitgeberin Stadt attraktiv für neue junge Mitarbeiter*innen und bindet das vorhandene Personal. Das versetzt die Verwaltung in die Lage, der demographischen Entwicklung und den 980 sich durch Digitalisierung ändernden Arbeitsprozessen zu begegnen.

Grundsätzlich müssen alle offenen Stellen zeitnah besetzt werden. Hier auftretende Probleme werden analysiert, möglichst mit externer Hilfe, um eine weitere Belastung der betroffenen Bereiche zu vermeiden. Die Ergebnisse sind in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren. Wir werden dadurch Handlungsbedarfe erkennen und Probleme lösen.

985 Wir brauchen für Beschäftigte der Landeshauptstadt Kiel angemessene Löhne, modernere und flexiblere Arbeitsformen, gute Arbeitsbedingungen und ein attraktives Ausbildungsangebot. Damit wird die Stadtverwaltung ihrer Bedeutung als attraktive Arbeitgeberin gerecht.

Der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit ist ein geeignetes Instrument, Aufgaben gut und zudem ressourcensparend zu erledigen.

990 Gestaltung des öffentlichen Raums

Der öffentliche Raum soll attraktiver, sauberer und sicherer werden – objektiv und gefühlt. Dies ist nicht nur eine Frage von Lebensqualität. Eine Zivilgesellschaft muss sich in Freiheit entwickeln, auch in Freiheit von Angst und Not. Das subjektive Sicherheitsempfinden stellt hierbei einen wichtigen Teil dar. Es bleibt festzuhalten, dass gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz zum freien gesellschaftlichen Umgang gehören.

995 Sozialarbeit und besonders Straßensozialarbeit sind wichtige Teile einer modernen Gesellschaft.

Die Sauberkeit auf Straßen, Wegen und öffentlichen Plätzen erhöht die Lebensqualität. Insgesamt ist der öffentliche Raum angemessen zu gestalten, z.B. sind Verkehrsschilder sowie Hinweisschilder sauber zu halten, Gehwege und Plätze von Müll frei zu halten. Die Stadt muss hier mehr Verantwortung übernehmen.

Wir fördern weitere Aktivitäten von Bürger*innen, um ihren Stadtteil attraktiv zu gestalten und sauber zu halten. Die Maßnahmen gegen illegales Graffiti werden fortgesetzt. Es ist sinnvoll, stattdessen legale Flächen für Graffiti-Kunst bereit zu stellen.

1000 Gute Beleuchtung und einsehbare Sichtachsen tragen dazu bei, das Sicherheitsgefühl zu stärken sowie die Entstehung von Angsträumen zu verhindern.

Wir bringen allen Rettungsdiensten sowie der Feuerwehr sehr viel Wertschätzung entgegen, unabhängig davon, ob es sich um ehrenamtlich oder hauptamtlich ausgerichtete Dienste handelt. Wir werden die Rettungsdienste und die Feuerwehr weiterhin unterstützen und fördern und uns für eine zeitgemäße und gleichwertige Ausstattung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Dienste einsetzen. Wir unterstützen die konsequente Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes. Die Schwerpunktsetzung für eine Feuerwache Nord ist für uns ein zentrales Anliegen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie die Feuerwehr auch zu Wasser im Kieler

1010 Hafen handlungsfähig bleibt.

Wir setzen uns für eine bürger*innennahe Struktur der Polizei ein, bei der die Polizeistationen in den Stadtteilen erhalten werden.

Ordnungsdienst

Wir unterstützen den Aufbau eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Wir sind uns einig, dass zunächst die Konzeption in den Bereichen Zuständigkeit, Tätigkeit und Ausbildung konkretisiert wird.

Die sachlichen Zuständigkeiten sind klar zu umreißen und von den polizeilichen abzugrenzen. Dazu gehört auch eine äußerliche Unterscheidung. Die Mitarbeiter*innen des KOD werden nicht mit Rechten zur Ausübung von unmittelbarem Zwang gegen Personen ausgestattet, sondern besitzen in diesem Bereich nur Jedermannsrechte.

1020 Sie sind Bindeglied zwischen städtischem Ordnungsamt und Polizei sowie Ansprechstelle für die Bürger*innen unserer Stadt. Sie müssen für ihre Aufgabe gut ausgebildet, angemessen entlohnt und regelmäßig fort-

gebildet werden. Sie erhalten für ihre hoheitlichen Aufgaben im Bereich Sicherheit und Ordnung eine angemessene Sachausstattung auch zum Eigenschutz.

Bürger*innenbeteiligung

1025 Demokratie muss gelebt werden und Demokratie beginnt in der Kommune. Angesichts von Politikverdrossenheit, opportunistischen und demokratiefeindlichen Bewegungen ist es wichtig, kommunale Demokratie einerseits sowie Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen andererseits zu stärken. Dabei wollen wir an Vorhandenes und begonnene Prozesse anknüpfen, gleichzeitig aber auch neue Schritte gehen. Sowohl durch umfassende digitale Angebote der Bürger*innenbeteiligung als auch durch intensive direkte Dialoge, wie z.B. Planungsforen und Stadtteilversammlungen, wird die Integration der Einwohner*innen der Stadt in die Entscheidungen der Kieler Politik und Verwaltung sichergestellt. Eine besondere Rolle nimmt hierbei die digitale Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein.

Die seit kurzem eingeführte „Leitlinie für Bürgerbeteiligung in Kiel“ soll lebendig umgesetzt werden. Dabei spielen die Ortsbeiräte eine wichtige Rolle, die ein nicht zu unterschätzendes Bindeglied zwischen Verwaltung, Ratspolitik und Bürger*innen darstellen.

1035 Wir wollen die Ortsbeiräte stärken. Deshalb erhalten diese ein eigenes Budget für Maßnahmen in ihrem Stadtteil.

Wir werden prüfen, ob neue Instrumente einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens leisten können. Dabei denken wir an Elemente der partizipativen Demokratie wie Zukunftsforen und Online-Beteiligungsverfahren.

1040 Eine bürger*innennahe Politik bedeutet, Transparenz zu leben. Kommunale Politik ist öffentlich, dazu stehen wir. Deshalb werden wir die Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligungen durch Digitalisierung deutlich ausbauen.

Digitaler Rat

1045 Die Kooperationspartner sprechen sich für den digitalen Rat aus und befürworten die papierfreie Rats- und Ausschussarbeit. Die AG „Digitaler Rat“ soll darauf hinwirken, dass das Ratsinformationssystem für die Selbstverwaltung, Verwaltung und die Öffentlichkeit benutzerfreundlicher wird.

Zusätzlich soll geprüft werden, ob eine Art „Mediathek“ für den Rat nach dem Vorbild des Landtags eingerichtet werden kann, mit vollständigen Archiven über bisherige Beschlüsse sowie der zukünftigen wie bestehenden Videos aus allen Sitzungen.

1050 Die Kooperationspartner*innen werden gemeinsam einen Vorschlag zum Neuzuschnitt der Ausschüsse erarbeiten, den sie mit den anderen Fraktionen im Ältestenrat verhandeln wollen. Dies ist notwendig, um Themen wie Digitalisierung, Energiefragen, Mobilität, Klimaschutz und Umweltfragen stärker in den Fokus zu nehmen. Die derzeitige Struktur der Ausschüsse, besonders im Innen- und Umweltausschuss, wird diesem Anspruch nicht mehr gerecht.

Teilhabe für Nicht-EU-Ausländer

Wir setzen uns für eine kommunalpolitische Teilhabe für alle in Kiel lebenden Menschen ein – mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne deutschen Pass. Dazu fordern wir kommunalpolitische Maßnahmen

sowie entsprechende gesetzliche Regelungen durch die Bundes- und Landesregierung.

1060 Gemeinsam Kiel Gestalten

Der Fonds „Gemeinsam Kiel Gestalten“ soll evaluiert und mit einem Betrag von 500.000 Euro verstetigt werden, um diese besondere Form der Bürger*innenbeteiligung zu erhalten und zu stärken.

Der ökologische Ansatz soll stärker integriert werden; so soll beispielsweise die Unterstützung von Nachbarschaftsgärten Teil dieses Fonds werden. Um die Berücksichtigung aller Themenbereiche des Fonds zu ge-

1065 währleisten, werden wir Budgetkontingente innerhalb des Fonds festlegen.

Kultur und Kreative Stadt

Kultur ist Ausdruck der vielfältigen Identität einer Gesellschaft. Deshalb wollen wir Kiel zu einem Kulturort mit internationaler Ausstrahlung und hoher Anziehungskraft ausbauen und voranbringen.

1070 Der Kulturetat soll in den nächsten fünf Jahren nicht sinken und möglichst ausgebaut werden. Wir sehen als zentrale Projekte im Kulturbereich folgende Vorhaben an:

- Die Sanierung und ggfs. die Erweiterung des Hauptgebäudes der Förde-vhs ,
- eine Ballettakademie,
- einen zentralen Außenstandort für die Werkstätten des Theaters,
- 1075 • die Sanierung des Konzertsaaes und
- die Schaffung von Interimsstätten während der Sanierungsphase.

Schloss und Konzertsaal

Das Kieler Schloss und der Konzertsaal sind ein historisch und kulturell besonders bedeutender Ort Kiels.

1080 Das gesamte Schlossareal soll kurzfristig wieder in eine öffentliche und dem Gemeinwohl verpflichtete Trägerschaft übernommen werden. Priorität hat die Sanierung des Konzertsaaes, die wir in gemeinsamer Verantwortung mit dem Land Schleswig-Holstein und privaten Unterstützern unverzüglich auf den Weg bringen werden. Für das Schloss werden wir ein neues Nutzungskonzept entwickeln und umsetzen. Insbesondere wollen wir die Machbarkeit eines Kultur- und Kongresszentrums prüfen und ggf. verwirklichen.

Theater

1085 Das Theater soll in seinem vollen Umfang mit allen Sparten weitergeführt werden. Die öffentliche Übertragung der Sommeroper bzw. des Sommertheaters wird weitergeführt. Die Kosten für die Übertragung nach Mettenhof und Gaarden werden von der Stadt getragen. Weitere interessante Plätze zusätzlich zu den bereits bestehenden Plätzen der Übertragung sind zu prüfen.

„Kultur-Arena“

1090 Kiel soll außerdem ein neues starkes kulturelles Zentrum erhalten. Die im Neuen Rathaus freiwerdenden Räume (ehemalige Post) bieten durch eine entsprechende kulturelle Nutzung die einmalige Chance, in der Stadtmitte und in direkter Nähe wichtigster kultureller und touristischer Einrichtungen (Stadtgalerie, Kulturforum, Stadtbilderei, Stadtbücherei, STATT-CAFÉ, Tourist-Information, Hafen) einen attraktiven Ort für Kultur

1095 zu schaffen. Die durch die Umgestaltung des Innenraumes entstehende „Kultur-Arena“ bietet aufgrund ihrer Anbindung an die sie umgebenden Einrichtungen und der separierten Lage beste öffentliche Präsentationsmöglichkeiten für alle Sparten.

Die Stadt soll – unter Einbeziehung der Konzeptionen der dort vorhandenen Einrichtungen – einen Nutzungsentwurf für die „Kultur-Arena“ vorlegen, der auch die Zusammenarbeit mit freien Kultureinrichtungen einschließt.

1100 Freie Kulturszene

Die Förderung der freien Kulturszene wird weiter verstärkt. Das Kulturamt soll personell in die Lage versetzt werden, die Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Veranstaltungsprogramme der Kulturinitiativen zu fördern und die einzelnen Kulturareale zu vernetzen. Ihre Aufgabe soll es sein, die Kommunikation zwischen den Kulturinitiativen vor allem Förde-übergreifend durch Barcamps, Internetangebote etc. herzustellen. Die Verwaltung soll einen geeigneten Ort für die freien Theatergruppen, Filmschaffende und Medienarbeit mit Bühne, Lagerräumen für Bühnenbilder, Medienräume, Umkleideräume etc. vorschlagen. Wir unterstützen bessere Vermarktungsmöglichkeiten für die freien Theater und Theatergruppen.

Musikschule

1110 Die Musikschule soll einen Außenstandort in Mettenhof insbesondere für Rock- und Pop-Musik erhalten. Wir prüfen die Möglichkeit, Musikunterricht für diesen Bereich zusammenzufassen und dort Auftrittsmöglichkeiten für Musikgruppen, ein Tonstudio und Übungsräume zu schaffen.

Digitaler Kulturkalender

1115 Es soll gemeinsam mit dem Stadtmarketing ein digitaler Kulturkalender geschaffen werden. Hierfür soll das Stadtmarketing enger mit den Kulturschaffenden zusammenarbeiten und deren Angebot besser publik machen. Dadurch soll die Sichtbarkeit des vielfältig bestehenden kulturellen Angebots für Bürger*innen sowie Tourist*innen erhöht werden.

Kulturarbeit

1120 Die Kulturarbeit von Lesben, Schwulen, bi*, trans*, inter* und queeren Menschen ist ein wichtiger Teil unserer vielfältigen Kieler Stadtgesellschaft. Beratung, kulturelle Bildung, Begegnung und Fachverbandsarbeit sind dabei sehr wichtige Aufgaben. Gleiches gilt für interkulturelle und interreligiöse Initiativen unserer Stadt.

Kultur-Marketing

1125 Die Landeshauptstadt Kiel soll sich zukünftig an der Göteborger Kunst Biennale als Außenstandort beteiligen. Das ursprüngliche Vorhaben „Kiel Ostsee-Kulturstadt 2020“ wird weiterverfolgt, aber auf ein späteres Jahr verschoben. Es sollen weitere günstige Atelierangebote durch die Stadt oder in freier gemeinnütziger Trägerschaft mit Förderung der Stadt geschaffen werden, um insbesondere Kulturschaffende in der Stadt zu halten. Sich selbst organisierende Atelieregemeinschaften sollen Unterstützung durch das Kulturamt erfahren können. Unter Einbeziehung von modernen Ausstellungsmöglichkeiten, wie z.B. Augmented Reality bzw. Virtual Reality soll das Konzept „Museen am Meer!“ weiterentwickelt und auf alle Museumsangebote der Stadt ausgeweitet werden. Außerdem sollen sie zu Lernorten weiterentwickelt werden. Die hauptamtliche

- 1130 Koordination des Projekts soll durch das Kulturamt wahrgenommen werden.

Kunst im öffentlichen Raum

Das Programm „Kunst im öffentlichen Raum“ soll umgesetzt werden. Dazu soll der Kunstbeirat durch jeweils eine/n Vertreter*in des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler Landesverband Schleswig-Holstein (), der Muthesius Kunsthochschule und eine/m Landschaftsarchitekt*in umgehend erweitert werden.

- 1135 Der Kunstbeirat schlägt projektbezogen eine Fachjury vor, der mehrheitlich Künstler*innen angehören. In zwei Jahren soll eine Evaluierung des Verfahrens vorgenommen werden.

Erinnerungskultur

Die zivilgesellschaftliche Arbeit zur Erinnerungskultur soll auf der Basis eines Konzepts erfolgen, das mit allen Akteuren abgestimmt ist und nicht dauerhaft an einen Träger gebunden werden soll.

- 1140 Die Erinnerungs- und Gedenkkultur ist eine zentrale Aufgabe einer modernen Stadtgesellschaft. Deshalb werden die Prüfung und der Vorschlag eines geeigneten Ortes Teil des laufenden Arbeitsprozesses. Die politische Entscheidung wird auf der Grundlage eines Gutachtens bis Herbst 2019 getroffen.

Die bereits angelegten Kulturspuren, die zu interessanten Orten von historischer Bedeutung führen, sollen erweitert werden.

- 1145 **Kreative Stadt**

Die Landeshauptstadt Kiel hat durch den Sitz der Muthesius Kunsthochschule, der CAU, der FH sowie weiterer Kieler Kreativzentren optimale Voraussetzungen, Potenziale zu heben und sich auf nationaler und internationaler Ebene als Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft zu profilieren. Als zentrales Element der Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft gilt auch die Entwicklung und Öffnung von Räumen für kreative

1150 Initiativen. Der Beteiligungsprozess zur standortbezogenen Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft hat zudem dargelegt, dass interdisziplinär genutzte Räume eine zentrale Rolle für die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft darstellen.

Deshalb werden wir die Wahlperiode nutzen, um Kiel als kreative Stadt voran zu bringen. Hierzu sollen, wie vom Rat beschlossen, ausgewiesene Expertise und Beratung eingebunden werden und Instrumente wie z.B.

- 1155 creative index und cultural planning zu Anwendung kommen.

Wir werden Zentren der Kultur- und Kreativwirtschaft in ganz Kiel fördern und kostengünstige Räume sowie Personal- und Investitionsmittel bereitstellen. Als Unterstützung für die Kreativzentren sollen die Förderprogramme, für Kooperationsprojekte, Internationale Projekte, Exkursionen, etc. fortgeführt und ausgebaut werden. Genossenschaftsmodelle, die auch die Einbeziehung von Bürger*innen ermöglichen, sollen als Instrument der Förderung und Finanzierung der Kultur- und Kreativwirtschaft angedacht werden.

- 1160

Wir wollen eine Debatte anregen, die soziale Sicherung der in der Kultur- und Kreativwirtschaft Tätigen zu verbessern. Es sollen Vorschläge (Versicherung, Arbeitslosengeld, Altersvorsorge usw.) entwickelt werden, um die häufigen Fälle von Selbstaubeutung und Soloselbstständigkeit zu verhindern.

Zur Kreativen Stadt gehört für uns die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen Mehrheits- und Minderheitskultur, einschließlich der kulturellen Integration der Geflüchteten.

- 1165

Alte Mu

Die Kooperation unterstützt die erfolgreiche Realisierung des Projektes „Kreatives Dorf in der Stadt“ auf dem Gelände der Alten Mu. Ziel ist die Schaffung eines mischgenutzten Quartiers aus bezahlbarem Wohnen, kreativen Arbeiten und neuartigen Lebensräumen. Hierbei soll im geplanten Erweiterungsbau die Wohnnutzung deutlich überwiegen. Damit das Projekt sich in die Nachbarschaft einbinden kann, ist eine ortsangemessene Bebauungsdichte zu finden. Die Kooperation wirbt für eine hochwertige Gestaltung in dieser Lage, die durch einen Wettbewerb sichergestellt wird.

Schwerpunkt Medien

Die Stadt lädt im Rahmen einer Kulturkonferenz die verschiedenen Akteure im Bereich Medien ein. Dabei soll der Bedarf für ein Ort mit dem Schwerpunkt „Medien“ ermittelt werden.

Regeln der Zusammenarbeit und organisatorische Festlegungen

In der Arbeit in der angestrebten Kooperation wollen wir besonderen Wert legen auf wechselseitigen Respekt und die gemeinsame Suche nach der jeweils besten Lösung für die Stadt.

Zu diesem Zweck wollen wir als Fraktionsvorstände uns 14-tägig in einem regelmäßigen Beratungsgremium zusammensetzen und nach Bedarf auch Fachsprecher*innen und die Verwaltung hinzuziehen.

Darüber hinaus soll sich bei Bedarf ein Kooperationsausschuss bestehend aus den geschäftsführenden Partei- und Fraktionsvorständen zusammensetzen. Jeder Kooperationspartner hat das Recht, kurzfristig den Kooperationsausschuss zusammenzurufen.

Grundsätzlich wird gemeinsam abgestimmt. Bei inhaltlichen Meinungsunterschieden werden intern zunächst auf Fraktionsebene, zur Not im Kooperationsausschuss, Klärungen herbeigeführt.

Über das Verfahren und die Arbeit in der Ratsversammlung wird Einvernehmen zwischen den Kooperationsfraktionen hergestellt.

Die Anzahl der Dezernate bleibt unverändert. Die offene Dezernatsstelle III wird kurzfristig nach erneuter Ausschreibung konsensual besetzt.

Der Themenbereich Kultur wird dem Dezernat für Bildung, Jugend und Kreative Stadt zugeordnet. Bündnis 90/Die Grünen erhalten erstes Vorschlagsrecht für den zu wählenden Posten der Bürgermeisterin.

Dem Dezernat des Oberbürgermeisters bleibt der Bereich Wirtschaft zugeordnet. Dort wird eine Stabsstelle Digitalisierung eingerichtet und zunächst mit vier weiteren Stellen ausgestattet, die insbesondere für die Themen eGovernment und SmartCity zuständig ist.

Schlussbemerkung

Kiel ist eine wachsende Stadt im Aufbruch. Darin liegen große Chancen, aber auch eine besondere Verantwortung. Wir wissen um die Leistungsfähigkeit und Kompetenz der Kieler Stadtverwaltung, aber auch um die angesichts der Fülle der Aufgaben schon heute hohe Belastung der Beschäftigten und die Herausforderun-

1205 gen des zunehmenden Fachkräftemangels. Uns ist weiter bewusst, dass die erfolgreiche Gestaltung der Kommunalpolitik und die Umsetzung dieser Kooperationsvereinbarung auch von finanziellen Spielräumen abhängen, die sich uns in den folgenden Jahren bieten. Das Setzen von Prioritäten und ein realistisches Tempo bei der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung ist deshalb unverzichtbar. Insoweit wollen wir die in der Kooperationsvereinbarung verabredeten Vorhaben im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umsetzen.

1210 Unsere Kooperationsvereinbarung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wir können auf zahlreiche fachliche Konzepte, laufende Projekte und Beschlüsse der Ratsversammlung aufbauen. Neue Entwicklungen und Herausforderungen werden wir aufnehmen und unsere Kooperationsvereinbarung Ende 2020 auf ihren Umsetzungsstand überprüfen und bei Bedarf aktualisieren.